

01 **Arbeit / Wirtschaft**

02
03
04 **Antrag Nr. 02/1/08** **02/1/08**
05 **FA II / EU-Angelegenheiten** **Annahme**

06 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

07 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

08 Die SPD setzt sich für eine Revision der Richtlinie 96/71 vom
09 16.12.1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen
10 der Erbringung von Dienstleistungen ein und wird auf nationa-
11 ler Ebene für die notwendigen flankierenden Maßnahmen
12 eintreten (Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Entsen-
13 derichtlinie, Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns). Wir
14 fordern die SPD-Europaabgeordneten auf, bei der Kommission
15 diesbezüglich vorstellig zu werden und fordern den Parteivor-
16 stand auf, innerhalb der SPE die Meinungsbildung zu diesem
17 Problem voranzutreiben.

18
19
20 Wir fordern:

- 21 • Sicherstellung, dass die Aufzählung in Art. 3 Abs. 1 RL 96/71
22 nicht weiterhin als abschließend verstanden werden kann.
23 • Die Einführung einer eindeutigen zeitlichen Eingrenzung
24 bei der Definition der entsandten Arbeitnehmer. D.h., es ist
25 zu klären, wann der Arbeitnehmer nicht mehr als 'entsand-
26 ter Arbeitnehmer' im Sinne der RL 96/71 Angesehen werden
27 kann (eine Frist von 3 Monaten scheint angemessen). Nach
28 Ablauf der Frist sind die Normen der Arbeitnehmerfreizü-
29 gigkeit anzuwenden und der Arbeitnehmer unterliegt voll
30 und ganz den Normen des Aufnahmestaates.

31
32 **Antrag Nr. 03/1/08** **03/1/08**
33 **KDV Mitte** **Erledigt bei Annahme 02/1/08**

34 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

35 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

36 Die SPD setzt sich für eine Revision der Richtlinie 96/71 vom
37 16.12.1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen
38 der Erbringung von Dienstleistungen ein. Wir fordern die SPD-
39 Europaabgeordneten auf, bei der Kommission diesbezüglich
40 vorstellig zu werden und fordern den Parteivorstand auf, in-
41 nerhalb der SPE die Meinungsbildung zu diesem Problem vo-
42 ranzutreiben.

43 Wir fordern:

- 44 • Sicherstellung, dass die Aufzählung in Art. 3 Abs. 1 RL 96/71
45 nicht weiterhin als abschließend verstanden werden kann.
46 • Die Einführung einer eindeutigen zeitlichen Eingrenzung
47 bei der Definition der entsandten Arbeitnehmer. D.h., es ist
48 zu klären, wann der Arbeitnehmer nicht mehr als
49 'entsandter Arbeitnehmer' im Sinne der RL 96/71 ange-
50 sehen werden kann (eine Frist von 3 Monaten scheint ange-
51 messen). Nach Ablauf der Frist sind die Normen der Arbeit-
52 nehmerfreizügigkeit anzuwenden und der Arbeitnehmer
53 unterliegt voll und ganz den Normen des Aufnahmestaates.

54
55
56 **Antrag Nr. 04/1/08** **04/1/08**
57 **KDV StegZehl** **Erledigt bei Annahme 02/1/08**

58 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

59 Die Berliner SPD setzt sich für eine Revision der Richtlinie 96/71
60 zur Entsendung von Arbeitnehmern ein. Sie fordert:
61
62
63
64
65
66

- 01 • Sicherzustellen, dass die Aufzählung in Art. 3 Abs. 1 RL 96/71
 02 nicht als abschließend verstanden werden kann.
 03 • Die Einführung einer eindeutigen zeitlichen Eingrenzung
 04 bei der Definition der entsandten Arbeitnehmer einzuführen.
 05 D.h., es ist zu klären, wann der Arbeitnehmer nicht
 06 mehr als 'entsandter Arbeitnehmer' im Sinne der RL 96/71
 07 angesehen werden kann (eine Frist von 3 Monaten scheint
 08 angemessen). Nach Ablauf der Frist sind die Normen der
 09 Arbeitnehmerfreizügigkeit anzuwenden und der Arbeit-
 10 nehmer unterliegt voll und ganz den Normen des Aufnah-
 11 mestaates.
 12

13 Die Berliner SPD unterstützt den Vorschlag des Europäischen
 14 Gewerkschaftsbundes für eine soziale Fortschrittsklausel im
 15 Protokoll des EU-Grundlagenvertrages von Lissabon.
 16

17 **Antrag Nr. 05/1/08**

Annahme i.d.F.d.AK:

18 **AfA Landesvorstand**

19 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

20 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses
 21 und des Senats werden aufgefordert eine einvernehmliche und
 22 verbindliche Lösung mit den Gewerkschaften zu schaffen, um
 23 einen ungehinderten Zugang und eine Betreuung der Kollegin-
 24 nen und Kollegen durch die Vertreter der Gewerkschaften zu
 25 gewährleisten. Der aktuelle Umgang schadet dem Ansehen
 26 unserer Partei und widerspricht unseren Grundsätzen.
 27

.... der Gewerkschaften auch auf der BBI-Baustelle zu gewähr-
 leisten.

28 **Antrag Nr. 06/1/08**

06/1/08

29 **KDV Mitte**

Vertrag auf LPT am 11.10.08

30 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

31 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

32 Mit Beschluss vom 20.12.2007 hat das Bundesverfassungsge-
 33 richt festgestellt, dass die Mischverwaltung der Arbeitsgemein-
 34 schaften nach § 44 SGB II nicht der Kompetenzordnung des
 35 Grundgesetzes entspricht und der Gesetzgeber längstens bis
 36 31.12.2010 Neuregelungen schaffen muss.
 37

38 Der Antrag soll den SPD Mandatsträger/innen aufzeigen, wel-
 39 che Bereiche bisher unbefriedigend gestaltet wurden und de-
 40 ren Optimierung unter den neuen Rahmenbedingungen jetzt
 41 voranzutreiben ist. Wenn u.a. diese Punkte rechtssicher sowie
 42 sinnvoll geregelt werden, kann das die Leistungsfähigkeit der
 43 Arbeiterverwaltung im SGB II Bereich verbessern und für die zu
 44 betreuenden Erwerbslosen und die dort Beschäftigten positive
 45 Auswirkungen mit sich bringen.
 46

47 Die SPD Bundestagsfraktion und die SPD Mitglieder in der
 48 Bundesregierung setzen sich bei der Weiterentwicklung der
 49 organisatorischen Regelungen für die Aufgabenwahrnehmung
 50 nach dem SGB II dafür ein, dass
 51

- 52 1. die Vermittlung, Beratung, Betreuung und Leistungsgewäh-
 53 rung aus einer Hand erfolgt sowie nachhaltig verbessert
 54 wird,
 55 2. ein ganzheitliches Qualifizierungskonzept für die Beschäf-
 56 tigten entwickelt wird,
 57 3. die Beschäftigten in erster Linie unbefristete Arbeitsverträ-
 58 ge erhalten, und
 59 4. für die Beschäftigten bei Wahlen zu den Personalvertretun-
 60 gen das aktive und passive Wahlrecht sichergestellt wird.
 61
 62
 63
 64
 65
 66

01	Antrag Nr. 07/1/08	07/1/08
02	KDV Mitte und AfA Berlin	Annahme
03	Der Landesparteitag möge beschließen:	
04	Der Bundesparteitag möge beschließen:	
05	Die SPD Bundestagsfraktion und die SPD Mitglieder in der	
06	Bundesregierung setzen sich für eine zeitliche Befristung der	
07	Arbeitsverträge bei gewerbsmäßiger Arbeitnehmer/Innen-	
08	überlassung ein. Arbeitnehmer/Innenüberlassung macht in-	
09	zwischen die Hälfte neuer Beschäftigungsverhältnisse aus,	
10	ersetzt in vielen Fällen Teile von Stammebelegschaften in Un-	
11	ternehmen und entspricht damit nicht mehr ihrem ursprüngli-	
12	chen Sinn und Zweck. Die aktuelle Praxis widerspricht dem	
13	Anspruch sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik bzw. der	
14	Programmatik über gute Arbeit und erfordert deshalb eine	
15	entsprechende Änderung der Regelungen im Arbeitnehmer-	
16	überlassungsgesetz (AÜG).	
17		
18	Antrag Nr. 08/1/08	08/1/08
19	Abt. 06/ MarzHell	Rücküberweisung an Antragsteller
20	Der Landesparteitag möge beschließen:	
21	Der Bundesparteitag möge beschließen:	
22	Maßnahmen einzuleiten, welche wirksam den Missbrauch des	
23	Gewerkschaftssystems durch die Schaffung von arbeitgeberfi-	
24	nanziierten Gewerkschaften unterbindet.	
25		
26		
27	Antrag Nr. 09/1/08	09/1/08
28	KDV Mitte und AfA Berlin	Annahme
29	Der Landesparteitag möge beschließen:	
30	Der Bundesparteitag möge beschließen:	
31	Die SPD Bundestagsfraktion, die SPD Mitglieder in der Bundes-	
32	regierung und die SPD Mitglieder des Europäischen Parlaments	
33	setzen sich für nationale und europäische gesetzliche Regeln-	
34	gen ein, die Leiharbeiter/innen ab dem ersten Tag des	
35	Arbeitsverhältnisses gleiche Bezahlung und Sozialleistungen	
36	wie denen im jeweiligen Betrieb beschäftigten fest angestell-	
37	ten Arbeitnehmer/innen gewährleisten.	
38		
39		
40	Antrag Nr. 10/1/08	10/1/08
41	KDV Spandau	Erledigt bei Annahme 09/1/08
42	Der Landesparteitag möge beschließen:	
43	Der Bundesparteitag möge beschließen:	
44	Die sozialdemokratischen Mitglieder von Bundestag und Bun-	
45	desregierung werden aufgefordert, sich für eine gesetzliche	
46	Neuregelung der Leiharbeit einzusetzen, mit dem Ziel gleicher	
47	Lohn für gleiche Arbeit in der jeweiligen Betriebsstätte	
48		
49	Antrag Nr. 11/1/08	11/1/08
50	AfA Berlin	Vertagt auf LPT am 11.10.2008
51	Der Landesparteitag möge beschließen:	
52	Der Senat und die VertreterInnen des Landes Berlin in den	
53	Aufsichtsgremien der Unternehmen, an denen das Land Berlin	
54	beteiligt ist, setzen sich dafür ein, dass diese Unternehmen nur	
55	noch Verträge über Dienstleistungen mit solchen Firmen abzuschließen,	
56	die ihren Beschäftigten mindestens 7,50 € pro Stunde bzw.	
57	einen höheren Tariflohn zahlen. In den Vergabeaus-	
58	schreibungen sind diese Maßstäbe als Auswahlkriterium auf-	
59	zunehmen.	
60		
61		
62		
63		
64		
65		
66		

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

Antrag Nr. 12/I/08

AfA Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung setzen sich bei der Weiterentwicklung der organisatorischen Regelungen für die Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II dafür ein, dass

1. die Vermittlung, Beratung, Betreuung und Leistungsgewährung aus einer Hand erfolgt sowie nachhaltig verbessert wird,
2. ein ganzheitliches Qualifizierungskonzept für die Beschäftigten entwickelt wird,
3. die Beschäftigten in erster Linie unbefristete Arbeitsverträge erhalten, und
4. für die Beschäftigten bei Wahlen zu den Personalvertretungen das aktive und passive Wahlrecht sichergestellt wird.

Antrag Nr. 13/I/08

AfA Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag fordert die SPD-Mitglieder im Senat von Berlin auf

- ihre Blockadehaltung gegenüber den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes des Landes Berlin aufzugeben und unverzüglich die Tarifverhandlungen mit einem Entgeltangebot wieder aufzunehmen;
- die Wiedereingliederung der Beschäftigten des Landes Berlin in den gemeinsamen bundesweiten Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes zu realisieren und damit die Wiedereingliederung, Respektierung und Stärkung einheitlicher Flächentarifverträge zu unterstützen.

Antrag Nr. 14/I/08

KDV StegZehl

Der Landesparteitag möge beschließen:

Senat und Abgeordnetenhaus von Berlin werden aufgefordert, Vereinbarungen mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit zur Ablösung der geltenden Rahmenvereinbarung für die Berliner JobCenter nur abzuschließen, wenn

- der kommunale und landespolitische Einfluss auf die aktive Arbeitsmarktpolitik gestärkt wird und insbesondere die Durchsetzung der Vorstellungen des Landes Berlin zum Öffentlichen Beschäftigungssektor ermöglicht wird
- die organisatorischen, personellen, IT-technischen und juristischen Hindernisse für eine getrennte Aufgabenwahrnehmung nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 20.12.2007 zufriedenstellend und detailliert gelöst sind, bevor eine feste Vereinbarung mit Stichtag abgeschlossen wird
- dezentrale Entscheidungsbefugnisse in der Bundesagentur ernsthaft verankert werden, insbesondere für eine verbesserte (auch telefonische) Erreichbarkeit der zuständigen Stellen vor Ort, für Entscheidungen über die personelle Ausstattung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Budgetmittel und für eine Herstellung von Transparenz über Beschäftigungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für JobCenter-Kunden über das Internet

12/I/08

vertagt auf LPT am 11.10.08

13/I/08

Annahme i.d.F.d.AK:

Der Landesparteitag fordert die SPD-Mitglieder im Senat von Berlin auf, sich um einen partnerschaftlichen Umgang mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu bemühen und bei Wahrung der öffentlichen Interessen den berechtigten Forderungen der Beschäftigten größeren Raum zu geben.

Auf Dauer sollte das Land Berlin anstreben, wieder in die Tarifgemeinschaft des Bundes und der Länder aufgenommen zu werden und so den Abschluss einheitlicher Flächentarifverträge zu unterstützen.

14/I/08

Annahme

- 01 **Antrag Nr. 15/I/o8** **15/I/o8**
02 **KDV Reinickendorf** **vertagt auf LPT am 11.10.08**
03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
04 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
05 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundestagfraktion
06 und der Bundesregierung werden aufgefordert, sich gegen den
07 Handel mit Darlehensverträgen und den Verkauf an Invest-
08 mentbanken und Hedgefonds einzusetzen. Dabei sind die
09 aktuellen rechtlichen Grauzonen zu schließen und dem einsei-
10 tigen Verkauf von Darlehensverträgen an Dritte ist ein rechtli-
11 cher Riegel vorzuschieben. Geldgeschäfte sind Vertrauensge-
12 schäfte und sollen in Zukunft ausschließlich zwischen den
13 abschließenden Personen gültig und wirksam sein. Es sollen die
14 rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass
15 ein Wechsel der Vertragspartner nur mit Zustimmung aller
16 Vertragspartner möglich ist. Dabei ist zu regeln, dass Geldge-
17 schäften zu Grunde liegende Sicherheiten (Grundschulden,
18 Hypotheken, Bürgschaften, Guthaben und Vermögen aller Art)
19 bei einem Gläubigerwechsel ohne Ausnahme neu vertraglich
20 zu vereinbaren sind; bei Rechtsverstößen gegen diese Grund-
21 sätze sind keine Vollstreckungen zuzulassen.
22
23 **Antrag Nr. 16/I/o8** **16/I/o8**
24 **KDV Neukölln** **vertagt auf LPT am 11.10.08**
25 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
26 Der Berliner Senat hat Mitte Oktober 2007 ein zunächst auf
27 zwei Jahre angelegtes Beschäftigungsprogramm für Langzeit-
28 arbeitslose beschlossen. Für 10.000 Menschen, vor allem ältere,
29 soll so für 24 Monate sozial versicherte Beschäftigung mit 1.300
30 Euro Brutto-Einkommen geschaffen werden. Bedingung ist
31 allerdings, dass sie zu den Langzeitarbeitslosen gehören und
32 mindestens zwei weitere Vermittlungshemmnisse aufweisen.
33 „Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor“ (ÖBS) nennt sich
34 das Projekt, für das der § 16.2 im SGB II extra neu geschaffen
35 wurde.
36
37 Das öffentliche Interesse bei den geförderten Projekten steht
38 dabei im Vordergrund. So sollen vor allem in den Bereichen
39 Nachbarschaftshilfe, im Betreuungssektor und in der Integrati-
40 onsarbeit für Migrantinnen und Migranten Projekte geschaffen
41 und/oder gefördert werden. Die Laufzeit dieser Maßnahmen
42 beträgt erst einmal 24 Monate. Nach einem Jahr findet eine
43 Überprüfung statt. Bei Erfolg soll auch eine Verlängerung auf
44 drei bis vier Jahre möglich sein.
45
46 Finanziert wird der ÖBS mit rund 150 Millionen Euro aus dem
47 Programm „Perspektiven für Langzeitarbeitslose“ des Bundes-
48 ministeriums für Arbeit und Soziales und rund 50 Millionen
49 Euro, die das Land Berlin selbst beisteuert.
50
51 Aktuell haben wir einen (exportgetriebenen) Aufschwung in
52 Deutschland, so dass auch ohne die von CDU und FDP seit Jah-
53 ren geforderten Strukturreformen wie zum Beispiel Kündi-
54 gungsschutz abschaffen oder soziale Sicherungssysteme priva-
55 tisieren bzw. auf Kapitaldeckung umzustellen, Arbeitsplätze
56 geschaffen werden.
57
58 Obwohl die Zahl der Arbeitslosen in den letzten zweieinhalb
59 Jahren konstant sinkt, haben wir immer noch rund 1,2 Millionen
60 Langzeitarbeitslose.
61
62 In Berlin zählen rund 80% der Arbeitslosen zu den Langzeitar-
63 beitslosen. Um diese Zahl zu reduzieren ist langfristig Bildung
64 sicherlich das beste Mittel. Kurzfristig gehört ein „Dritter Ar-
65 beitsmarkt“ dazu. Er ist kein Allheilmittel, aber sicherlich ein
66 Teil einer Lösung!

01 Der „Dritte Arbeitsmarkt“ ist für ansonsten unvermittelbare
02 Langzeitarbeitslose sinnvoll, denn den meisten von ihnen und
03 ihren Kindern geht es schlecht. Auf einer Skala von 1 bis 10, die
04 die Lebenszufriedenheit zeigen soll, ist der Durchschnitt aller
05 Erwachsenen eine 7. Langzeitarbeitslose haben einen Schnitt
06 von weniger als 5. Nur Pflegebedürftige sind Unzufriedener.
07

08 Das Schaffen von jetzt neuen Jobs im „Dritten Arbeitsmarkt“ ist
09 ökonomisch ohne Zweifel ineffizient. Wenn aber mit dem ÖBS
10 Langzeitarbeitslose eine neue Perspektive erhalten, dann ist ein
11 solches Programm alles andere als nutzlos. Der ÖBS strukturiert
12 sich auf kommunaler Ebene. Die Kommunen definieren, koor-
13 dinieren und kontrollieren Projekte. Dies kann und soll auch
14 mit Hilfe von freien Trägern gestaltet werden und durch die
15 kommunalen Entscheidungsträger kontrolliert werden.
16

17 Die Projekte werden im Nonprofit-Bereich angesiedelt. Es wer-
18 den im öffentlichen Interesse liegende, zusätzliche Aufgaben in
19 solchen Segmenten realisiert, für die keine ausreichenden
20 privatwirtschaftlichen, öffentlichen oder gemischtwirtschaftlichen
21 Anbieterstrukturen existieren, da die entsprechende
22 Nachfrage fehlt. Dies bedeutet, dass nicht nur Menschen in
23 Arbeit gebracht werden, um deren soziale und gesellschaftliche
24 Ausgrenzung zu beenden, sondern zugleich Tätigkeiten verrich-
25 tet und Leistungen erbracht werden, die drängende Probleme
26 des Gemeinwesens lösen helfen.
27

28 Bei der Einführung eines Öffentlich geförderten Beschäfti-
29 gungssektors dürfen aber auch einige Probleme nicht außer
30 Acht gelassen werden:
31

32 **1. Problem: Reguläre Arbeitsplätze werden „bedroht“!**

33 Überwiegend sind die Aufgaben, die vom ÖBS abgedeckt wer-
34 den sollen, alles Arbeitsplätze, die durch die Privatisierung der
35 öffentlichen Daseinsvorsorge verloren gegangen sind. Viele
36 Arbeitsplätze z.B. bei Müllabfuhr, Grünflächenamt und Stra-
37 ßenreinigung waren für die Kommunen nicht mehr finanzier-
38 bar, so dass in diesen Bereichen in den letzten Jahren viele
39 Stellen abgebaut wurden und die Aufgaben nur noch teils oder
40 sogar gar nicht mehr erledigt werden. Diese Aufgaben sind für
41 das Gemeinwohl aber alles andere als überflüssig, so dass eine
42 Erfüllung dieser Aufgaben durch Langzeitarbeitslose die Le-
43 bensqualität in den Kommunen deutlich erhöhen würde. Na-
44 türlich muss aber weiterhin darauf geachtet werden, dass
45 reguläre Stellen nicht vernichtet werden! Der ÖBS darf nicht zu
46 einem weiteren Stellenabbau im öffentlichen Dienst führen!
47

48 **2. Problem: Der „Dritte Arbeitsmarkt“ könnte als Abschiebe- 49 bahnhof für das „Prekariat“ missbraucht werden.**

50 Es besteht die Gefahr, dass junge Menschen, die jetzt und in
51 den nächsten Jahren ohne verwertbaren Schulabschluss ins
52 Erwerbsleben treten, in den Dritten Arbeitsmarkt abgeschoben
53 werden.
54

55 Gerade diese Jugendlichen müssen gefordert und gefördert
56 werden. Sie müssen für den „Ersten Arbeitsmarkt“ fit gemacht
57 werden. Dabei kann der ÖBS eine sinnvolle Hilfe sein. Aber es
58 muss eine klare Befristung des „Dritten Arbeitsmarktes“ geben!
59 Außerdem darf der Berliner Senat nicht bei anderen Beschäfti-
60 gungsmaßnahmen und -förderungen einsparen um den ÖBS
61 zu finanzieren!
62
63
64
65
66

01 **3. Problem: Es wird Unmut geben!**

02 Alle Experten rechnen mit mindestens 400.000 Menschen, die
03 gar keine Chancen auf einen regulären Job haben. (Die Bundes-
04 regierung plant aber nur für 100.000!)

05
06 Potenziell gibt es in Berlin 130.000 Langzeitarbeitslose, für die
07 der ÖBS eine geeignete Maßnahme sein könnte. Da aber nur
08 ein kleiner Teil (10.000) einen Arbeitsplatz im ÖBS erhalten
09 kann, werden die anderen nicht verstehen, warum andere das
10 Glück haben, einen Job zu bekommen (wenn auch nur im „Drit-
11 ten Arbeitsmarkt“) und sie nicht. Die Angebote des ÖBS müs-
12 sen deshalb auf freiwilliger Basis erfolgen. Zielgruppe muss die
13 arbeitswillige, aber auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht arbeits-
14 fähige Bevölkerung sein.

15
16 Da es sich bei der Förderung des Bundesministeriums für Arbeit
17 und Soziales um eine Beschäftigungsmaßnahme handelt, er-
18 werben die „ArbeitnehmerInnen“ im ÖBS keine Ansprüche in
19 der Arbeitslosenversicherung. Der ÖBS soll aber Alternative für
20 nicht vermittelbare Langzeitarbeitslose zum „Ersten Arbeits-
21 markt“ werden. Aus diesem Grund muss er auch gleiche Bedin-
22 gungen bieten. Im Sinne der Gleichberechtigung muss dafür
23 gesorgt werden, dass zu den Beiträgen für die Sozialversiche-
24 rungen, auch der Beitrag für die Arbeitslosenversicherung
25 bezahlt wird. Es muss also darauf hin gewirkt werden, dass
26 dieser Aspekt bei einer Fortführung des Förderprogramms des
27 Bundesministeriums aufgenommen wird. Bei einer eventuellen
28 zukünftig eigenen Finanzierung ist die Finanzierung dieser
29 Beiträge einzuplanen.

30
31 **4. Problem: Die langfristige Finanzierung.**

32 Der Berliner Senat muss sicherstellen, dass eine Finanzierung
33 des ÖBS langfristig auch ohne Fördermittel des Bundes ge-
34 währleistet ist! Natürlich wäre es absolut wünschenswert,
35 wenn sich das Modellprojekt bei uns so bewert, dass es Bun-
36 desweit eingeführt und finanziert wird, aber darauf können wir
37 uns nicht verlassen. Wenn das Projekt ein Erfolg wird, der Fi-
38 nanzierungsanteil des Bundes aber nicht verlängert wird, wäre
39 es fatal, wenn wir deswegen den ÖBS wieder abschaffen müsst-
40 en.

41
42 Wir fordern deshalb:

- 43 • ÖBS darf nicht zu einem weiteren Stellenabbau im öffentli-
44 chen Dienst führen!
 - 45 • Der Berliner Senat darf nicht bei anderen Beschäftigungs-
46 maßnahmen und -förderungen einsparen, um den ÖBS zu
47 finanzieren!
 - 48 • Die Angebote des ÖBS als spezielle Maßnahmen für Lang-
49 zeitarbeitslose müssen auf freiwilliger Basis erfolgen!
 - 50 • Im Sinne der Gleichberechtigung muss dafür gesorgt wer-
51 den, dass zu den Beiträgen für die Sozialversicherungen,
52 auch der Beitrag für die Arbeitslosenversicherung bezahlt
53 wird!
 - 54 • Der Berliner Senat muss sicherstellen, dass eine Finanzie-
55 rung des ÖBS langfristig auch ohne Fördermittel des Bun-
56 des gewährleistet ist!
- 57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

01 **Antrag Nr. 17/1/08**

17/1/08

02 **KDV FrhainKreuz**

vertagt auf LPT am 11.10.08

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

05 Der Bundesparteitag möge

- 06
- 07 • sich für die Einrichtung eines Bundessteuerbehörde aus-
- 08 sprechen und fordert die SPD Vertreter auf, diese im Rah-
- 09 men der Verhandlungen zur Föderalismusreform II anzu-
- 10 streben;
- 11 • den Vorstoß der Arbeitsgruppe „Angemessenheit und
- 12 Transparenz von Managerbezahlungen“ unter der Leitung
- 13 von Joachim Poß und ihre Schlussfolgerungen unterstützen
- 14 und im Rahmen des Wahlprogramms für die Bundestags-
- 15 wahl 2009 berücksichtigen;
- 16 • sich gegen eine vertikale Integration der Landesbanken und
- 17 Sparkassen aussprechen;
- 18 • im Rahmen der Änderungen zum Risikobegrenzungs-
- 19 gesetz, sicherstellen, dass das Sonderkündigungsrecht bei Weiter-
- 20 veräußerung von Hypothekendarlehen und das Abtre-
- 21 tungsverbot bei Weiterveräußerung an Nicht-Banken Ber-
- 22ücksichtigung findet;
- 23 • die Bundesregierung zu einer Initiative zur Regulierung der
- 24 europäischen Finanzmärkte auffordern. Bei Widerstand
- 25 einzelner EU-Mitgliedsstaaten sollte eine verstärkte Zu-
- 26 sammenarbeit einzelner Staaten z.B. in Anbindung an den
- 27 Euro-Raum, geschehen. Die Initiative sollte eine starke eu-
- 28 ropäische Banken- und Finanzmarktaufsicht, eine EU-weite
- 29 Steuerverwaltung und eine Regulierung des Schattenban-
- 30 ken-Sektors umfassen.
- 31 • die Bundesregierung zur Vorlage eines konkreten internati-
- 32 onal verbindlichen Rechts- und Regulierungsrahmens für
- 33 Offshore-Finanzzentren auf dem nächsten G8-Gipfel auf-
- 34 fordern. Auf dieser Basis sollte internationale Staatengrup-
- 35 pe gebildet werden, welche sich klar von den Praktiken der
- 36 Offshore Centern distanziert. Hierzu sind auch handels- und
- 37 steuerrechtliche Sanktionen gegen Offshore-Zentren bzw.
- 38 beteiligte Banken in Betracht zu ziehen.
- 39 • die Bundesregierung auffordern, den „Schattenbankensek-
- 40 tor“ aus Investmentbanken, Hedge Fonds und Zweckgesell-
- 41 schaften einer nationalen wie internationalen Regulierung
- 42 zu unterwerfen. Nur so können weitere systemische Krisen
- 43 vorgebeugt werden. Hierzu sollte die Bundesregierung ein
- 44 Konzept entwerfen und umsetzen, welches das Schließen
- 45 von Regulierungslücken in den Basel II Richtlinien zur Kapi-
- 46 talunterlegung, die Regulierung von neuen Finanzmarkt-
- 47 instrumenten sowie die Schaffung einer internationalen Cle-
- 48 aringstelle bezüglich der Eigenkapitalhinterlegung vorsieht.
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66

Bauen / Wohnen

Antrag Nr. 18/I/o8

18/I/o8

KDV Spandau

Erledigt durch tätiges Handeln

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Aufnahme eines Quartiers in das Quartiersmanagement nicht länger davon abhängig zu machen, dass in diesem Gebiet eine Wohnungsbaugesellschaft erhebliches Wohnungseigentum besitzt.

Antrag Nr. 19/I/o8

19/I/o8

KDV Spandau

Erledigt durch tätiges Handeln

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, das Quartiersmanagementverfahren zu entbürokratisieren mit dem Ziel, dass Initiativen kleiner Träger und Projekte die Chance der Beteiligung erhalten und nicht durch hohen bürokratischem Aufwand abgehalten werden.

Antrag Nr. 20/I/o8

20/I/o8

KDV Spandau

Überweisung an AH-Fraktion

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Berliner Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ das Präventionsgebiet Falkenhagener Feld–Ost um den Bereich zwischen Zeppelinstraße und Hohenzollernring (im Norden Pionierstraße/Zeppelinstraße und Süden Seegefelder Straße/Galenstr.) erweitert wird.

Antrag Nr. 21/I/o8

21/I/o8

KDV Spandau

Überweisung an AH-Fraktion

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Neustadt, die Wilhelmstadt sowie die Siedlung Haselhorst in Spandau als Präventionsgebiete in das Quartiersmanagement-Verfahren des Programms „Soziale Stadt“ aufzunehmen.

Antrag Nr. 22/I/o8

22/I/o8

KDV Lichtenberg und Abt. 03/Lichtenberg

Nichtbefassung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD unterstützt Mieter, Mietervertreter und Mieterbeiräte in ihrer Arbeit für sozialverlässliches Wohnen unter anderem

- durch Organisierung von Veranstaltungen,
- durch Informationen (z. B. Mietspiegel, Betriebskosten) oder
- durch Stellung von Referenten.

Antrag Nr. 23/I/o8

23/I/o8

KDV StegZehl

vertagt auf LPT am 11.10.08

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Fraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass bei der Gestaltung des Mietspiegels 2009 wieder stärker die Interessen der Mieter berücksichtigt werden und nicht mehr wie bei den Mietspiegeln 2003, 2005 und 2007 überwiegend den Forderungen der Vermieter auf eine Ausweitung der Mieterhöhungsspielräume nachgegeben wird.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

01 Die zu Gunsten der Vermieter 2003, 2005 und 2007 von der
02 zuständigen Senatsverwaltung vorgenommene Änderung der
03 Berechnungsgrundlagen für die Mietspiegel von der so ge-
04 nannten 2/3 (West) bzw. 3/4 (Ost) Regelung auf eine bis zu
05 4/5 Regelung, die zu erheblichen Mieterhöhungen in Berlin
06 geführt hat, sollte zurückgenommen werden. Die künftigen
07 Mietspiegel sollten wie bis 2003 wieder auf der Grundlage
08 einer 2/3 Regelung wieder so ausgewogen zwischen Mieter-
09 und Vermieterinteressen gestaltet werden, dass auch die Mie-
10 tervereine zustimmen können.

11
12 **Antrag Nr. 24/I/08**
13 **KDV StegZehl**

24/I/08
vertagt auf LPT am 11.10.08

14 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
15 Die SPD Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin wird
16 aufgefordert, den Kleingartenentwicklungsplan aus dem Jahre
17 2004 zu prüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. Dabei sollte
18 vor allem darauf geachtet werden, dass keine Kleingärten zu-
19 gunsten von Wohnungs- oder Bürobauten geräumt werden
20 müssen.

21
22 **Antrag Nr. 25/I/08**
23 **KDV StegZehl**

25/I/08
**Überweisung an FA VIII / Soziale Stadt, FA X / Natur, Energie
und Umweltschutz und FA V / Stadt des Wissens AG Schule**

24 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
25 Auch nach der Einstellung des dortigen Flugverkehrs wird das
26 Gelände des Flughafens Tempelhof seine wichtige Bedeutung
27 für das Stadtklima beibehalten. Daher werden auf dem bisheri-
28 gen Flugfeld vor allem Grünflächen und ökologisch verträgliche
29 Freizeitangebote entstehen. Über eine behutsame Ergänzung
30 der Randbebauung durch die Ansiedlung von Gewerbebetrie-
31 ben und die Schaffung von Wohnraum entscheidet ein Wett-
32 bewerb.

33
34
35 Für die Flughafengebäude sind vielfältige Nutzungen vorstell-
36 bar. So bieten Tausende zur Verfügung stehende Räume genü-
37 gend Platz beispielsweise für die wachsende Berliner Mode-
38 branche, für Behörden und noch umzusiedelnde Ministerien,
39 für Veranstaltungsräume, Gastronomie und die vielen Kreati-
40 ven in unserer Stadt, die einen wachsenden Bedarf an Ateliers
41 und Büros haben. Auch die bisher noch auf zahlreiche Liegen-
42 schaften verteilte Landesbibliothek könnte dort einen zentra-
43 len Standort finden und gemeinsam mit Verlagen und Drucke-
44 reien ein attraktives Medienzentrum bilden.

45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

01 Bezirke

02 **Antrag Nr. 26/1/08**

03 **Abt. 12/FrhainKreuz**

04 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

05 Die SPD Berlin spricht sich für das politische Bezirksamt und
06 damit gegen eine Änderung von § 35 Abs. 2 des Bezirksverwal-
07 tungsgesetzes aus.

26/1/08

Erledigt durch Leitantrag

08 **Antrag Nr. 27/1/08**

09 **KDV Spandau**

10 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

11 Die SPD setzt sich dafür ein, dass bei der Einführung des politi-
12 schen Bezirksamtes die Bezirksverordnetenversammlungen
13 effektivere Kontrollrechte erhalten. Dazu gehören beispielswei-
14 se das Recht der vollständigen Akteneinsicht und klare Verein-
15 barungen über die Rechte der Minderheit in der BVV. Nur so
16 können die gewählten Verordneten ihre politische Verantwor-
17 tung gegenüber einem politischen Bezirksamt wahrnehmen.

27/1/08

Erledigt durch Leitantrag

18 **Antrag Nr. 28/1/08**

19 **KDV Spandau**

20 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

21 Die Bezirke nehmen wichtige kommunale Aufgaben im Inte-
22 resse der Einwohnerinnen und Einwohner wahr, die angemes-
23 sen finanziert werden müssen. Zu einer bürgerfreundlichen
24 Bezirkspolitik gehört auch, dass die Bezirksverordnetenver-
25 sammlung (BVV) selbstständig speziellen bezirklichen Belan-
26 gen Rechnung tragen und politische Schwerpunkte setzen
27 kann.

28/1/08

Erledigt durch Leitantrag

28 Das derzeit praktizierte System der Finanzzuweisung für die
29 Berliner Bezirke mittels Globalsummen wirkt häufig eher wie
30 die organisierte Unverantwortlichkeit, statt transparent und
31 bedarfsorientiert die Bezirke unter Berücksichtigung der Ge-
32 samthaushaltslage angemessen auszustatten. Die Bezirke
33 beklagen zu Recht, dass die tatsächlich verfügbare Summe nur
34 einen kleinen Bruchteil der Globalsumme ausmacht und des-
35 halb eine politische Prioritätensetzung faktisch unmöglich ist.
36 Auf Landesebene wird kritisiert, dass die Bezirke im Rahmen
37 der Globalsumme keine Schwerpunktsetzung vornehmen und
38 teilweise wichtige Aufgaben nur unzureichend finanzieren. In
39 der Folge werden immer mehr bezirkliche Ausgabenbereiche
40 durch direkte Zuweisungen oder Vorgaben für eine Mindest-
41 ausstattung durch die Landesebene definiert, wodurch der
42 Handlungsspielraum der Bezirke weiter eingeengt wird. Die
43 Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
44 und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden
45 deshalb aufgefordert, das System der Finanzzuweisungen im
46 Jahr 2008 umfassend zu überprüfen und bis zu den nächsten
47 Haushaltsberatungen im Jahr 2009 so zu reformieren, dass ein
48 transparentes, bedarfsorientiertes und in der Lage des Ge-
49 samthaushalts berücksichtigendes Zuweisungsverfahren ge-
50 währleistet wird.

52 **Antrag Nr. 29/1/08**

53 **KDV Reinickendorf**

54 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

55 Die Einführung des politischen Bezirksamtes wird abgelehnt.
56 Eine so gestaltete Struktur der Bezirksämter birgt die Gefahr in
57 sich, dass gesamtstädtische Belange nur schwer umzusetzen
58 wären. Die Beteiligung der relevanten politischen Kräfte in
59 einem für die Gestaltung von kommunalpolitischen Aufgaben
60 wichtigen Gremium ist in der bisherigen Struktur sehr viel
61 besser möglich.

29/1/08

Erledigt durch Leitantrag

01
02 Unter Beteiligung des Rates der Bürgermeister soll der Senat
03 eine für die Bezirke verbindliche Struktur der Bezirksämter
04 vorgeben. Die Beteiligungsrechte der Bezirksverordnetenver-
05 sammlung an der Verwaltungspolitik sind durch das Recht zur
06 Einsetzung von Untersuchungsausschüssen durch Fraktionen
07 zu stärken.

08
09 **Antrag Nr. 30/I/08**

30/I/08

10 **KDV Spandau**

vertagt auf LPT am 11.10.08

11 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

12 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abge-
13 ordnetenhauses von Berlin werden aufgefordert, sich dafür
14 einzusetzen, dass für die Bezirke bis zu einer festzulegenden
15 Höhe Mittel zur energetischen Sanierung von öffentlichen
16 Gebäuden in geeigneter Weise zusätzlich zur Verfügung ge-
17 stellt werden. Dabei sollen auch öffentlich geförderte Kredite
18 genutzt werden können. Bei Durchführung von kreditgeförder-
19 ten Maßnahmenpaketen zur Energieeinsparung werden die
20 Tilgung und Zinsen durch die Betriebskosteneinsparungen
21 zurückgezahlt und nach Ablauf des Kapitalrücklaufes werden
22 Gewinne für die Stadt Berlin erzielt. Gleichzeitig wird von An-
23 fang an der CO₂-Ausstoß gesenkt und es wird lokal Wirt-
24 schaftswachstum durch die Beteiligung von kleinen und middle-
25 ren Betrieben durch Vergabe in den Bezirken angeregt.

26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

Bildung

Antrag Nr. 31/1/08

31/1/08

KDV Neukölln

vertagt auf LPT am 11.10.08

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Mehr Chancengleichheit schaffen: Bildung von Anfang an!

Einleitung

Das deutsche Schulsystem ist hochselektiv und benachteiligt Menschen aus bildungsfernen Schichten. Dies bescheinigen verschiedene Studien immer wieder. Bildung beginnt aber nicht erst in der Schule, sondern wird bereits in den Familien und Kindertageseinrichtungen vermittelt. Hier werden die Weichen für gute Bildungschancen gestellt. Gerade die ersten Lebensjahre prägen Menschen in besonderer Weise. Bereits zweijährige Kinder können durch den Kontakt zu Gleichaltrigen und Erfahrungen, die nicht in der Familie gemacht werden können, in ihrer Entwicklung gefördert werden. Sie sind wissbegierig und wollen aktiv ihre Umwelt erfahren. Eine gute und frühzeitige Förderung kann die Kommunikation zwischen Kindern verstärken, Sprachfähigkeiten fördern und den Kindern zu einem einfacheren Schuleinstieg verhelfen. So trägt frühkindliche Förderung maßgeblich zu einer Verbesserung der Chancengleichheit im Bildungssystem bei. Deshalb sollen nicht nur die Eltern für die Erziehung, Betreuung und Bildung des Kindes Verantwortung tragen, sondern auch die Öffentlichkeit. Insbesondere die Förderung von Kindern aus bildungsfernen Schichten und Kindern mit Migrationshintergrund ist essentiell, um die zukünftigen Bildungschancen von Anfang an zu verbessern und die Integration zu fördern. Eine sinnvolle frühkindliche Bildung und Betreuung kann den Grundstein legen, dass Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft später in der Schule gemeinsam arbeiten und lernen können. Ein besseres Förderangebot kommt aber nicht nur den Kindern zu Gute, sondern unterstützt Mütter und Väter bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Betreuung und gemeinsames Lernen ermöglichen

Kinder möchten sich ihre Umgebung bereits in Kleinkindalter gezielt erschließen. Neben dem Betreuungsauftrag sollen Kindertagesstätten deshalb einen Bildungsauftrag erhalten. Es geht hierbei jedoch nicht darum, Methoden und Lerninhalte aus der Schule auf die Einrichtung zu übertragen. Kinder sollen vielmehr eine Unterstützung außerhalb der Familie bekommen, sich ihre Umwelt zu erschließen und im Umgang mit anderen Kindern den sozialen Umgang frühzeitig zu erlernen und die sprachlichen Fähigkeiten zu stärken. Dieses Angebot soll nicht die Erziehung der Eltern ersetzen, sondern diese sinnvoll ergänzen.

Förderung von Kindern mit Benachteiligung

Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus bildungsfernen Schichten besuchen seltener Kindertagesstätten. Je länger jedoch ein Kind eine Kindertagesstätte besucht, desto besser sind die sprachlichen Fähigkeiten. Deshalb sollen durch frühkindliche Bildung und eine gezielte Sprachförderung insbesondere der Kinder aus bildungsfernen Schichten und der Kinder mit Migrationshintergrund die Benachteiligungen ausgeglichen und die Chancengleichheit im Bildungssystem erhöht werden. Dies kann auch ein wichtiger Beitrag zu einer gelungenen Integration von Kindern mit Migrationshintergrund sein. Zudem sollen Kinder mit geistiger oder körperlicher Behinderung gemeinsam mit allen anderen Kindern in der integrativen Kita optimal gefördert werden.

01 **Kita muss sein**

02 Um dem beschriebenen Anspruch gerecht zu werden, Kinder
03 bereits in frühester Jugend bestmöglich zu fördern und gleiche
04 Bildungschancen für alle Kinder unabhängig vom finanziellen
05 und soziokulturellen Hintergrund ihrer Eltern zu gewährleisten,
06 ist der mindestens halbtägliche verpflichtende Besuch einer
07 Kindertagesstätte für Kinder ab drei Jahren unumgänglich. Die
08 Kita kann nur dann ihrem Auftrag als Bildungseinrichtung
09 gerecht werden, wenn alle hieran partizipieren.
10

11 **Kitaplätze für alle Kinder**

12 Das Betreuungsangebot für Kinder ist bei Weitem nicht ausrei-
13 chend. Nach der Einführung des 12 bis 14 Monate gezahlten
14 Elterngeldes müssen Kinder ab der Vollendung des ersten Le-
15 bensjahres einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ha-
16 ben, um ihren Eltern den Wiedereinstieg in den Beruf zu ermög-
17 lichen. Deshalb fordern wir die sofortige Realisierung eines
18 solchen Rechtsanspruchs auf einen gebührenfreien Kitaplatz,
19 nicht erst 2013.
20

21 **Beitragsfreiheit für den Besuch der Kindertagesstätten**

22 Seit dem 1.1.2007 ist in Berlin das letzte Kitajahr vor der Ein-
23 schulung gebührenfrei. Diese Maßnahme war ein wichtiger
24 Schritt in Richtung gleicher Partizipationsmöglichkeiten aller
25 Kinder unabhängig von der sozialen Herkunft und dem sozio-
26 ökonomischen Hintergrund der Eltern. Um eine Beteiligung
27 aller Kinder zu gewährleisten, fordern wir die sofortige Ab-
28 schaffung von Kitabeiträgen für die gesamte Besuchsdauer
29 einer solchen Bildungseinrichtung. Die vollständige Beitrags-
30 freiheit in Kindertagesstätten ist die sinnvolle und notwendige
31 Konsequenz des Anspruches, den Kitabesuch für alle Kinder zu
32 ermöglichen und verpflichtend zu machen.
33

34 **Ganztagesplätze in Kindertagesstätten schaffen**

35 Nur etwa jeder vierte Kitaplatz ist auch ein Ganztagesplatz.
36 Doch gerade die Ganztagsplätze tragen zu einer dringend be-
37 nötigten Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
38 bei. Die Halbtagsbetreuung muss deshalb zur Ganztages-
39 betreuung ausgebaut werden. Eine gesunde und ausgewogene
40 Verpflegung muss gewährleistet werden und gebührenfrei
41 sein. Flexible Öffnungszeiten müssen außerdem sicherstellen,
42 dass auch Eltern, die im Schichtdienst, am Wochenende und in
43 den Schulferien arbeiten, ihre Kinder in eine Kindertagesein-
44 richtung bringen
45 können.
46

47 **Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung**

48 Der Staat hat nicht nur Verantwortung, das notwendige
49 Betreuungsangebot zu schaffen, sondern auch die Qualität der
50 Frühförderung zu sichern. Eine qualitativ hochwertige früh-
51 kindliche Bildung und Betreuung muss die Förderung indivi-
52 duumsbezogener Kompetenzen und Ressourcen bei Kindern,
53 also von personalen, motivationalen, kognitiven und physi-
54 schen Fähigkeiten, sowie die Förderung von Kompetenzen zum
55 Handeln im sozialen Kontext beinhalten. Dies schließt das
56 Erlernen der Grundlagen des zwischenmenschlichen Umgangs,
57 gesellschaftlicher Orientierungskompetenzen, der Fähigkeit zur
58 Verantwortungsübernahme und zur demokratischen Teilhabe
59 ein. Dies bildet die Basis solidarischen und demokratischen
60 Zusammenlebens.
61
62
63
64
65
66

01 Höhere Qualität durch bessere Ausbildung und Ausstattung

02 Damit es Erzieher und Erzieherinnen möglich wird, das Betreu-
03 ungsangebot durch ein Bildungsangebot zu ergänzen, muss
04 auch die Ausbildung verbessert werden. Diesem Anspruch kann
05 nur eine qualitative Weiterentwicklung der Erzieherinnen- und
06 Erzieherausbildung und ein Hochschulstudium Rechnung tra-
07 gen. Handlungsbedarf besteht außerdem bei der finanziellen
08 Ausstattung von Kindertageseinrichtungen. Neben einer guten
09 Ausstattung der Einrichtungen betrifft dies auch die personelle
10 Situation. Die Arbeitssituation in Kindertageseinrichtungen
11 muss verbessert werden, damit die Betreuungssituation durch
12 angemessene Gruppengrößen verbessert werden kann und
13 ausreichend Zeit für die Vor- und Nachbereitung für das Perso-
14 nal zur Verfügung gestellt wird. Zusätzliche Qualifikationen
15 müssen gefördert werden.

17 Bildung liegt in der Verantwortung des Staates

18 Bildung ist eine staatliche Hoheitsaufgabe. Das Land Berlin und
19 die Bezirke müssen auch weiterhin die Verantwortung für die
20 frühkindliche Bildung und Betreuung übernehmen. Berlin hat
21 eine Trägerstruktur, die je nach Bezirk stark zwischen Kinderta-
22 gesstätten in freier und in öffentlicher Trägerschaft gemischt
23 ist. Für uns ist klar: Auch frühkindliche Bildung muss in staatli-
24 cher Verantwortung erfolgen. Für uns ist aber nicht nur die
25 Trägerschaft, sondern vor allem auch die Qualität frühkindli-
26 cher Bildung wichtig. Wir brauchen deshalb eine bessere, be-
27 darfsgerechte Ausstattung der Kindertagesstätten. Dazu ge-
28 hört auch die verbesserte Bezahlung und Qualifizierung der
29 Beschäftigten. Die verstärkte wirtschaftliche Eigenständigkeit
30 die durch die Kita-Eigenbetriebe erreicht wurde, darf nicht zu
31 einer Tariffucht und einer Verschlechterung der betrieblichen
32 Mitbestimmung führen. Die in vielen Bezirken vorhandene
33 Vielfalt an Größe und Programm der Kindertagesstätten ist
34 aufrecht zu erhalten.

36 Frühzeitig Gleichstellung fördern

37 Kinder entwickeln eine eigene Geschlechtsrollenidentität. Die
38 Erziehung in Kindertagesstätten muss einem einengenden
39 Verständnis von Frauen- und Männerrollen entgegenwirken
40 und die Kinder unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer
41 sozialen Herkunft in ihrer individuellen Entwicklung fördern.

43 Brücken schlagen - Übergänge schaffen

44 Der Übergang von Kindertagesbetreuung zum Grundschulbe-
45 such kann für ein Kind eine schwierig zu bewältigende Verän-
46 derung sein. Häufig wird es aus seiner bekannten Umgebung in
47 eine unbekannte versetzt und verliert Bezugspersonen aus
48 seinem sozialen Umfeld. Zudem sind die Lernmethoden in
49 Grundschulen häufig andere. Um diesen Übergang harmoni-
50 scher zu gestalten, muss die Kooperation von Pädagoginnen
51 und Pädagogen aus Kindertageseinrichtung und Grundschule
52 gewährleistet werden. Neben dem regelmäßigen persönlichen
53 Kontakt und Austausch können Entwicklungstagebücher der
54 Kindertageseinrichtungen eine wichtige Hilfestellung für
55 Grundschullehrerinnen und -lehrer darstellen. Diese sollen
56 nicht der Leistungsbewertung dienen, sondern zielen darauf
57 ab, auf individuelle Besonderheiten der Kinder hinzuweisen,
58 um diesen schneller und einfacher individuelle Förderung und
59 Hilfestellungen zukommen zu lassen. Ebenso wichtig ist der
60 regelmäßige Austausch mit den Eltern des Kindes. Entspre-
61 chend muss die Arbeitszeit der Pädagoginnen und Pädagogen
62 ausreichend Raum für Austausch und Beratung beinhalten.

63
64
65
66

01	Antrag Nr. 32/I/o8	32/I/o8
02	KDV Neukölln	Erledigt durch Annahme 35/I/o8 i.d.F.d.AK
03	Der Landesparteitag möge beschließen:	
04	Die Berliner SPD bekräftigt ihren Beschluss vom 9. April 2005,	
05	die Klassenfrequenzen in sozial belasteten Gebieten bzw. bei	
06	einem hohen Anteil von Kindern nicht deutscher Herkunftssprache	
07	(oberhalb von 40%) auf 20 Schülerinnen und Schüler	
08	abzusenken. Der Senat wird aufgefordert, diese Zielvorgabe	
09	auch bei der aktuellen Neuverteilung der Lehrkräfte auf die	
10	Berliner Grundschulen wie bisher entsprechend umzusetzen.	
11		
12		
13	Antrag Nr. 33/I/o8	33/I/o8
14	KDV MarzHell	Annahme
15	Der Landesparteitag möge beschließen:	
16	Die Beitragsfreiheit für Mittagessen an Schulen und Kinder-	
17	tagsstätten für alle Kinder schnellstmöglich einzuführen.	
18		
19	Antrag Nr. 34/I/o8	34/I/o8
20	KDV TempSchön	Annahme
21	Der Landesparteitag möge beschließen:	
22	Der Senat wird aufgefordert, seine Vertreterinnen und Vertreter	
23	in den Gesellschafterversammlungen und den Aufsichtsräten	
24	der mehrheitlich im Besitze des Landes Berlin befindlichen	
25	Gesellschaften zu beauftragen, darauf hinzuwirken, dass der	
26	Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund unter den	
27	Auszubildenden deutlich erhöht wird.	
28		
29		
30	Antrag Nr. 35/I/o8	35/I/o8
31	KDV Mitte	Annahme (K)
32	Der Landesparteitag möge beschließen:	Die SPD Abgeordnetenfraktion und die sozialdemokratischen
33	Die SPD Abgeordnetenfraktion und die sozialdemokratischen	Mitglieder des Senats werden ersucht, dafür Sorge zu tragen,
34	Mitglieder des Senats werden ersucht, dafür Sorge zu tragen,	dass bei der Neuzumessung der Lehrerstunden, die der Senat
35	dass bei der Neuzumessung der Lehrerstunden, die der Senat	gerade plant, die Sprachförderung für Kinder und Jugendliche
36	gerade plant, die Sprachförderung für Kinder und Jugendliche	nichtdeutscher Herkunft keinesfalls reduziert oder etwa zu-
37	gunsten der Sprachförderung von Kindern deutscher Herkunft	verringert wird.
38	verringert wird.	Die Berliner SPD bekräftigt ihren Beschluss vom 9. April 2005,
39		die Klassenfrequenzen in sozial belasteten Gebieten bzw. bei
40		einem hohen Anteil von Kindern nicht deutscher Herkunftssprache
41		(oberhalb von 40%) auf 20 Schülerinnen und Schüler
42		abzusenken. Der Senat und die Abgeordnetenhausfraktion
43		werden aufgefordert, diese Zielvorgabe auch bei der aktuellen
44		Neuverteilung der Lehrkräfte auf die Berliner Grundschulen wie
45		bisher entsprechend umzusetzen.
46		
47		
48		
49	Antrag Nr. 36/I/o8	36/I/o8
50	KVV Lichtenberg (Beschluss vom Januar o8)	Annahme i.d.F.d.AK:
51	Der Landesparteitag möge beschließen:	Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des
52	Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abge-	ordnetenhauses von Berlin werden aufgefordert, sich dafür
53	einzusetzen, dass umgehend so viele Grundschullehrer oder	ausreichend pädagogisches Personal für die flexible Schulan-
54	Lernassistenten für die flexible Schuleingangsphase eingestellt	fangsphase zur Verfügung gestellt wird, damit individuelle
55	werden, dass spätestens mit Beginn des Schuljahres	Förderung, wie im Schulgesetz gefordert, wirklich stattfinden
56	2008/2009 in jeder Klasse 1-2 der Unterricht in Deutsch und	kann. Individuelle Förderung kann nur gelingen, wenn ein
57	Mathematik mit 2 Pädagogen durchgeführt werden kann.	erheblicher Teil des vorfachlichen Unterrichts durch 2 Päd-
58	Außerdem sind diese umfassend zu qualifizieren.	agogen/innen abgedeckt wird. Außerdem ist es dringend erfor-
59		derlich, alle Lehrer/innen und Erzieher/innen, die in der flexib-
60		len Schulanfangsphase eingesetzt werden, durch intensive
61		Fortbildung umfassend zu qualifizieren.
62		
63		
64		
65		
66		

01 **Antrag Nr. 37/1/08** **37/1/08**
02 **KDV StegZehl** **Annahme**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

05 Die Deutschkurse für Anspruchsberechtigte Migranten sollen in
06 der Stundenanzahl deutlich erhöht werden. Dabei wird ein
07 fester Anteil aufgewendet für

- 08 • Deutschlandkunde (Vermittlung von Kenntnissen über das
09 politische System, Kultur und Geschichte) / Orientierungshilfe
- 10 • Wertekunde /Ethik

11
12
13
14 **Antrag Nr. 38/1/08** **38/1/08**
15 **KDV StegZehl** **Überweisung an AH-Fraktion**

16 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

17 Im Zuge der Diskussion über das Volksbegehren „pro Reli“
18 werden die Abgeordnetenhausfraktion, die sozialdemokratischen
19 Mitglieder der Landesregierung und der Landesvorstand
20 aufgefordert, nicht mit einer jeglichen Dialog mit den Kirchen
21 behindernden Maximalvariante eines Ethikunterrichts ab Klasse
22 1 zu reagieren. Vielmehr sollte auf Basis der derzeit im Land
23 Berlin geltenden Regelung über eine Weiterentwicklung unter
24 Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kirchen und des Humanistischen
25 Verbandes mit den Beteiligten gesprochen werden.

26
27 **Antrag Nr. 39/1/08** **39/1/08**
28 **KDV Pankow** **Überweisung an AH-Fraktion**

29 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

30 Der SPD-Landesverband wird aufgefordert, im Umgang mit den
31 christlichen Kirchen im Vorfeld des Volksentscheides eine Eskalation
32 durch über die geltende Beschlusslage hinausgehende
33 Vorschläge zu vermeiden und einen fairen, partnerschaftlichen
34 Dialog zu führen.

35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

Europa / Internationales

Antrag Nr. 40/1/08

40/1/08

KDV MarzHell

vom Antragsteller zurückgezogen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die Bundestags-Abgeordneten der SPD werden aufgefordert, die Beitritte der Ukraine und Georgiens in die NATO zu verhindern. Alle politischen Initiativen, die den Eintritt erleichtern bzw. vorbereiten, sind zu verhindern.

Antrag Nr. 41/1/08

41/1/08

KDV MarzHell

vom Antragsteller zurückgezogen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die Bundesrepublik Deutschland wird ihre Anstrengungen verstärken, einheimische Polizeikräfte in Afghanistan auszubilden. Parallel hierzu wird die Bundeswehr nach einem vorzulegenden Terminplan vollständig aus Afghanistan abgezogen.

Antrag Nr. 42/1/08

42/1/08

FA II / EU-Angelegenheiten

Annahme

Der Landesparteitag möge beschließen:

Programmbausteine EU-Wahlprogramm

Die Berliner SPD fordert den SPD-Parteivorstand auf, die nachfolgenden „Programmbausteine“ bei der Erarbeitung des Wahlprogramms für die Europawahlen 2009 zu berücksichtigen. Sie fordert den Parteivorstand ebenfalls auf, diese Programmbausteine in den Prozess des von der SPE zu erarbeitenden europäischen Wahlmanifests einzubringen.

Das neue Grundsatzprogramm der SPD regt den Ausbau der SPE zu einer handlungsfähigen Mitglieder- und Programmpartei an. Dieser Intention folgend, strebt die SPD für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 die Verständigung mit ihren europäischen Schwesterparteien auf gemeinsame Programmbausteine an. Über das Wahlmanifest der SPE hinaus sollen zu einzelnen Themen gleiche Module erarbeitet werden, welche in die nationalen Wahlprogramme der SPE-Mitgliedsparteien aufgenommen werden können.

Programmbausteine zu den Europawahlen 2009:

I. Demokratisches Europa

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für ein demokratisches Europa. Das Voranschreiten der Integration wollen wir sozial und demokratisch gestalten. Dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten kommt durch die Erweiterung ihrer Kompetenzen durch den Vertrag von Lissabon die Aufgabe zu, eine europäische Öffentlichkeit zu schaffen.

II. Soziales Europa

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten ein für eine Hervorhebung der sozialen Dimension Europas. In einem sozialen Stabilitätspakt sollen die gemeinsamen Standards und Werte geschützt und die ökonomische Integration ergänzt werden. Die Priorität der Bekämpfung von Armut in Europa muss sich in einer gemeinschaftlichen Politik ausdrücken.

01 III. Ökonomisches Europa

02 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen öko-
03 nomische Vernunft und Kooperation gegen einen Wettlauf um
04 die niedrigsten Steuern. Innerhalb der EU müssen Dumping-
05 strategien durch die Entwicklung einheitlicher Bemessungs-
06 grundlagen und Mindestsätze verhindert werden. Um besser
07 auf internationale Finanzkrisen reagieren zu können, möchten
08 wir eine stärkere Abstimmung und Verflechtung makroöko-
09 nomischer Politiken in der EU erreichen. Für die Zukunftsfähig-
10 keit des europäischen Haushalts sind die Agrarsubventionen
11 deutlich zu reduzieren.

13 IV. Ökologisches Europa

14 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen keine
15 Alternative zur Übernahme einer Vorreiterrolle der EU im in-
16 ternationalen Klima- und Umweltschutz. Bereits verabschiedete
17 Ziele müssen zielstrebig umgesetzt, europäische Umwelt-
18 standards weiterentwickelt werden. Hierfür möchten wir vor
19 allem die Wirtschaft stärker in die Pflicht nehmen. Die For-
20 schung zu regenerativen Energien und Umwelttechnologien ist
21 ein wichtiger europäischer Standortfaktor.

23 V. Internationales Europa

24 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen um
25 Europas Verantwortung in der Welt und wollen die EU als glo-
26 bale Friedensmacht etablieren. Als Instrumente hierfür möch-
27 ten wir die europäische Entwicklungshilfe und die zivile Krisen-
28 prävention stärken, die Koordinaten einer gemeinsamen Au-
29 ßenpolitik durch den europäischen auswärtigen Dienst beför-
30 dern und die europäische Nachbarschaftspolitik ausbauen. In
31 der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik soll ein
32 Rahmen für stabilisierende Friedenseinsätze zur Konfliktverhü-
33 tung und zum Krisenmanagement entwickelt werden. In inter-
34 nationalen Organisationen soll die EU mit einheitlicher europä-
35 ischer Stimme sprechen.

37 VI. Gebildetes Europa

38 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begreifen
39 Bildung als wichtigstes Element für die Persönlichkeitsentwick-
40 lung und die Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft. In-
41 dem wir die Qualität der Bildung und den Zugang zu ihr
42 verbessern, schaffen wir eine europäische Wissensgesellschaft.
43 Die Mitgliedstaaten der EU sind in der Pflicht, die europaweite
44 Anerkennung von Bildungsabschlüssen zu gewährleisten, das
45 lebenslange Lernen zu fördern, betriebliche Aus- und Fortbil-
46 dungen zu unterstützen sowie neue, transnationale Studien-,
47 Weiterbildungs- und Forschungsangebote einzurichten.

49 VII. Integratives Europa

50 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erkennen
51 Migration und Integration als wichtige Querschnittsthemen
52 der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Gestaltung
53 einer europäischen Einwanderungs- und Asylpolitik darf nicht
54 länger aufgeschoben werden. Gemeinsame Standards müssen
55 die Situation von Zuwanderern in der Ausbildung und gesell-
56 schaftlichen Eingliederung verbessern.

58 VIII. Diskriminierungsfreies Europa

59 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen ein
60 diskriminierungsfreies Europa der Chancengleichheit verwirkli-
61 chen. Insbesondere die Benachteiligungen von Frauen im Be-
62 rufsleben sind endgültig zu beseitigen. Dies betrifft vor allem
63 die Unterschiede in der Einkommenshöhe und die ungleichen
64 Karrierechancen zwischen den Geschlechtern. Unionsweit soll
65 die bessere Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben er-
66 möglicht werden.

- 01 **Antrag Nr. 43/I/o8** **43/I/o8**
 02 **Abt. 03/Spandau** **Ablehnung**
 03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 04 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 05 Die sozialdemokratischen Mitglieder von Bundesregierung,
 06 Bundesrat und Europaparlament, die SPD-Bundestagsfraktion,
 07 die SPD-Landtagsfraktionen, die sozialdemokratischen Mitglie-
 08 der des Ausschusses der Regionen werden dringend aufgefor-
 09 dert, sich dafür einzusetzen, dass dem Beitritt der Slowakei zur
 10 Europäischen Währungsunion zum 01.01.2009 von deutscher
 11 Seite nicht zugestimmt wird.
 12
 13
 14 **Antrag Nr. 44/I/o8** **44/I/o8**
 15 **Abt. 03/Spandau** **Ablehnung**
 16 **Der Landesparteitag möge beschließen**
 17 **Der Bundesparteitag möge beschließen**
 18 Die sozialdemokratischen Mitglieder von Bundesregierung,
 19 Bundesrat und Europaparlament, die SPD-Bundestagsfraktion,
 20 die SPD-Landtagsfraktionen, die sozialdemokratischen Mitglie-
 21 der des Ausschusses der Regionen werden dringend aufgefor-
 22 dert, die EU-Kommission auf die Einhaltung abgeschlossener
 23 Verträge im Rahmen der letzten Erweiterungsrunde zu ver-
 24 pflichten und ihr europaschädliches Verhalten bei der Verlet-
 25 zung der Beitrittsverträge durch Rumänien und Bulgarien auf-
 26 zugeben und die vorgesehenen Sanktionen in Kraft zu setzen.
 27
 28
 29 **Antrag Nr. 45/I/o8** **45/I/o8**
 30 **ASF-LFK** **Annahme**
 31 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 32 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 33
 34 **Europa für Frauen – sozial, demokratisch und gleichgestellt**
 35 Mit Blick auf die Europawahl am 7. Juni 2009 fordert die Lan-
 36 desfrauenkonferenz der ASF Berlin wirksame Strategien zur
 37 Gleichstellung von Frauen in allen Bereichen, klare, verbindli-
 38 che und überprüfbare Ziele sowie konkrete Maßnahmen zur
 39 politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gleichstellung von
 40 Frauen in Europa.
 41
 42 Die SPD-Europaabgeordneten, die SPD-Mitglieder der Bundes-
 43 regierung, die SPD-Bundestagsfraktion, die SPD-Mitglieder des
 44 Berliner Senats, die SPD-Mitglieder des Berliner Abgeordneten-
 45 hauses und alle an der Gestaltung sozialdemokratischer Euro-
 46 papolitik und der Formulierung des Programms für die Euro-
 47 pawahl 2009 beteiligten SPD-Mitglieder werden aufgefordert,
 48 sich diese Forderungen zu eigen zu machen und engagiert zu
 49 unterstützen.
 50
 51 **Politische Partizipation**
 52 Die Politik der Europäischen Union und die Intensivierung der
 53 Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten erfordern eine aktive
 54 Gleichstellungspolitik und eine verstärkte Koordinierung im
 55 Bereich der Frauenpolitik. Sämtliche Initiativen der Europäi-
 56 schen Union müssen zukünftig mehr sein als Appelle und Hin-
 57 weise an die politisch Verantwortlichen. Die Gleichberechtigung
 58 von Frauen muss zur verbindlichen Aufgabe werden und
 59 umfassender Kontrolle unterliegen. Wir müssen von anderen
 60 Ländern lernen und die Standards nach und nach auf hohem
 61 Niveau angleichen. Gute Beispiele müssen europaweit einge-
 62 führt und verwirklicht werden. Um dies erreichen zu können,
 63 ist eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in allen Insti-
 64 tutionen und Gremien der Europäischen Union und der Mit-
 65 gliedstaaten erforderlich. Darüber hinaus bedarf es gezielter
 66 Maßnahmen zur Förderung der politischen Partizipation von

01 Frauen. Dies geht nur mit Quoten – mit verbindlichen Vorga-
02 ben und Sanktionen. Und wir brauchen eine "Europäische Char-
03 ta der Rechte der Frau" mit den Grundsätzen aus den internati-
04 onalen Verpflichtungen, dem europäischen Recht und dem
05 Recht der einzelnen Mitgliedstaaten sowie Regeln zur Durch-
06 setzung dieser Rechte.
07

08 **Folgenabschätzung, Gender Mainstreaming und Gender Bud-** 09 **geting**

10 Die Folgenabschätzung der Europäischen Kommission und des
11 Rates ist im Hinblick auf die Verwirklichung der Gleichstellung
12 von Frauen und Männern konsequent auszubauen. Alle Vor-
13 schriften und Maßnahmen sind daraufhin zu überprüfen, ob sie
14 in ausreichendem Maße die Gleichstellung fördern, stützen
15 und verwirklichen. Gender Mainstreaming muss als umfassen-
16 des politisches Prinzip in allen Politikbereichen angewandt
17 werden. Die Aufstellung des Haushaltes der Europäischen
18 Union muss nach dem Prinzip des Gender Budgeting erfolgen,
19 das auch bei allen Finanzierungsinstrumenten der EU, insbe-
20 sondere den Strukturfonds, anzuwenden ist.
21

22 **Beschäftigung und soziale Sicherheit**

23 Die Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und ihre soziale
24 Sicherung muss durch Maßnahmen auf europäischer Ebene
25 und in den Mitgliedstaaten gezielt verbessert werden. Dies
26 setzt voraus, dass die Europäische Union ihre Aktivitäten in der
27 Sozialpolitik ausbaut und in diesem Bereich vorhandene Kom-
28 petenzen und Rechtsgrundlagen konsequent nutzt. Gerade für
29 Frauen ist es von erheblicher Bedeutung, dass die Wirtschafts-
30 politik um eine soziale Politik ergänzt wird. Wir wollen ein
31 soziales Europa!
32

33 Konkret heißt das:
34

- 35 • Es bedarf einer neuen Initiative zur Umsetzung und
36 Verwirklichung der Lohngleichheit von Frauen und
37 Männern mit klaren Zielvorgaben, Kontrollmechanismen
38 und Sanktionsmöglichkeiten.
- 39 • In Deutschland muss endlich ein gesetzlicher Mindestlohn
40 eingeführt werden – die guten Beispiele in Europa zeigen,
41 wie wirksam und sinnvoll ein Mindestlohn ist.
- 42 • Die betriebliche und staatliche Frauenförderung muss
43 intensiviert werden – auch durch europäische Vorgaben –
44 etwa durch eine Richtlinie zur Gleichstellung von Frauen in
45 der Wirtschaft mit Quoten und anderen wirksamen
46 Maßnahmen.
- 47 • Im Rahmen eines europäischen Beschäftigungspaktes
48 müssen die gezielte Förderung von Frauen und Mädchen
49 und deren gleichberechtigte Teilhabe an Maßnahmen der
50 aktiven Arbeitsmarktpolitik vereinbart und verwirklicht
51 werden.
- 52 • Durch eine Initiative „gute Arbeit“ muss die Qualität der
53 Beschäftigung von Frauen gezielt verbessert werden.
- 54 • Wir brauchen eine europaweit geltende soziale
55 Versicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse
56 von Beginn der Beschäftigung an und unabhängig vom
57 Umfang der Beschäftigung.
- 58 • Die hälftige Beteiligung von Frauen an allen
59 Qualifizierungs-, Ausbildungs- und Förderprogrammen der
60 EU muss verbindlich vorgeschrieben werden.
- 61 • Für eine zukunftsfähige Ausbildung, Weiterbildung und
62 Beschäftigung müssen junge Frauen qualifiziert beraten
63 werden.
64
65
66

- 01 • Erforderlich sind Maßnahmen zur Überwindung des
02 geschlechtsspezifisch eingeschränkten Berufswahlver-
03 haltens sowie zur Steigerung der Attraktivität von
04 überwiegend von Frauen ausgeübten Berufen und
05 Tätigkeiten.
06 • Die Mittel des Europäischen Sozialfonds müssen gezielt für
07 die Gleichstellung von Frauen in Beschäftigung eingesetzt
08 werden.
09 • Die Regelungen zum Mutterschutz müssen verbessert und
10 diejenigen zum Elternurlaub europaweit wirksam werden.
11 Väter müssen stärker in Verantwortung genommen
12 werden.
13 • Wir brauchen Initiativen für eine europaweit verbindlich
14 geltende, quantitativ und qualitativ ausreichende
15 Kinderbetreuung.
16 • Erforderlich sind Zielvorgaben und konkrete Maßnahmen
17 zur Vermeidung und Reduzierung von Armut, mit dem
18 Schwerpunkt weibliche Armut und Kinderarmut.
19 • Die Regelungen zur Antidiskriminierung sind
20 weiterzuentwickeln und beim Merkmal Geschlecht auf die
21 Bereiche soziale Vergünstigungen und Bildung, aber auch
22 Presse, Medien und Werbung auszudehnen.
23 • Jeder Mitgliedstaat muss eine nationale Gleichstellungs-
24 beauftragte – eine „Frau Lissabon“ – benennen, deren
25 Aufgabe es ist, im Rahmen der Umsetzung der Lissabon-
26 Strategie für Beschäftigung und Wachstum an der
27 Ausarbeitung und Überprüfung der jeweiligen nationalen
28 Pläne sowie an der Überwachung ihrer Umsetzung
29 teilzunehmen, um die Einbeziehung von Gender
30 Mainstreaming und Gender Budgeting in die in diesen
31 Plänen festgelegten politischen Ziele und Maßnahmen zu
32 erreichen.
33

34 **Beitritt und Außenbeziehungen, Sicherheit und Verteidigung**

35 In allen Bereichen der Außenpolitik der Europäischen Union –
36 einschließlich der Nachbarschaftspolitik, bei Sicherheit und
37 Verteidigung sowie in der Entwicklungszusammenarbeit –
38 müssen Frauenrechte ein zentrales Anliegen sein. Die Gleich-
39 stellung von Frauen, die Vorbeugung und Beseitigung von
40 Gewalt gegen Frauen sowie ihre volle und gleichberechtigte
41 Teilhabe im wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturel-
42 len Leben muss dabei Ziel sein und Berücksichtigung finden.
43 Die Gewährleistung von Frauenrechten ist und bleibt eine
44 unabdingbare Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der
45 Europäischen Union. Europa muss ein waches Bewusstsein und
46 ein gemeinsames Gewissen entwickeln für die Verbrechen, die
47 in kriegerischen Auseinandersetzungen besonders an Frauen
48 verübt werden. Religiöse und kulturelle Traditionen berechti-
49 gen niemanden zu Gewalt gegen Frauen. Darüber hinaus er-
50 fordert die weltweite Gewährleistung von Frauenrechten eine
51 bessere Koordination im Rahmen der Vereinten Nationen.
52

53 **Wiedervorlage**

54 **Antrag Nr. 20//07 (LPT 30.06.07)**

55 **KDV Spandau**

56 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der
57 Bundesregierung werden aufgefordert sich dafür einzusetzen,
58 dass die Bundesrepublik sich nicht, unabhängig von einer wie
59 auch immer gearteten Aufforderung seitens der Vereinten
60 Nationen, an einer militärischen Maßnahme gegen und im Iran
61 beteiligen wird.
62
63
64
65
66

Annahme i.d.F.d.AK:

Der Landesparteitag unterstützt die Anstrengungen der Bun-
desregierung und insbesondere ihrer sozialdemokratischen
Mitglieder, den Konflikt um die Nutzung von Atomanlagen und
nuklearem Material zwischen der internationalen Gemein-
schaft und dem Iran ausschließlich mit nichtmilitärischen Mit-
teln zu lösen. Die SPD- Bundestagsfraktion und die sozialdemo-
kratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefor-
dert, an dieser politischen Strategie auch in Zukunft uneinge-
schränkt festzuhalten und die Republik Iran ausschließlich mit
diplomatischen Mitteln und Wirtschaftssanktionen zur Einhal-
tung ihrer Verpflichtungen gegenüber der internationalen
Gemeinschaft anzuhalten und sich an keinerlei militärischen
Maßnahmen gegen den Iran zu beteiligen und auch nicht an

der politischen Vorbereitung derartiger Maßnahmen mitzuwirken.

Gesundheit

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

Antrag Nr. 46/1/08

46/1/08

KDV Spandau

Annahme

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die Fraktion der SPE möge beschließen:

Die Bundestagsfraktion und die Fraktion der SPE werden aufgefordert sich zusätzlich für eine Vereinfachung der Lebensmittelkennzeichnung aller Lebensmittel einzusetzen, z. B. nach dem Prinzip einer „Ernährungsampel“, so wie es seit Jahresbeginn in Großbritannien Pflicht ist.

Sie ermöglicht eine klare Auflistung der 4 wichtigsten Problemnährstoffe: Fett, gesättigte Fette, Zucker und Salz. Zudem werden mit ihnen die Kalorien des Lebensmittels ausgewiesen. Dazu werden die Konsumenten unter Zuhilfenahme unterschiedlicher Farben darüber informiert, ob ein Lebensmittel viel (rot), mittel (gelb) oder wenig (grün) Fett, gesättigte Fette, Zucker und Salz enthält.

Die Informationen sollen als Ergänzung auf der Vorderseite des Produktes auftauchen.

Antrag Nr. 47/1/08

47/1/08

KDV Spandau

Annahme

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages werden aufgefordert, durch eine Gesetzesinitiative die Altersgrenze beim Alkoholerwerb und –genuss in Deutschland generell an das Alter der Volljährigkeit zu koppeln.

Antrag Nr. 48/1/08

48/1/08

ASG Berlin

vertagt auf LPT am 11.10.08

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag fordert die SPD-Fraktionen in den Bezirksverordnetenversammlungen und die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus auf, bei der Umsetzung des ÖGD-Gesetzes und im Rahmen der sonstigen Parlamentsarbeit darauf zu achten, dass ein zukunftsfähiger Öffentlicher Gesundheitsdienst in Berlin gesichert wird. Hierzu fordern wir:

1. Der Öffentliche Gesundheitsdienst soll weiterhin seine koordinierende und sozialkompensatorische Rolle in Berlin erfüllen können. Hierzu muss eine Grundausstattung in allen Bezirken und eine Verstärkung in einigen Bereichen in sozial benachteiligten Bezirken gewährleistet werden.
 - Die Mittel zur sofortigen Schließung von langfristigen Lücken im Öffentlichen Gesundheitsdienst sowie zur zusätzlichen sozialkompensatorischen Arbeit in einigen besonders betroffenen Bezirken dürfen nicht im Globalhaushalt der Bezirke verschwinden. Sie müssen bei Bedarf beantragt werden können und zweckgebunden sein. Nach und nach können solche Personalmittel ggf. durch wegfallende Aufgaben in anderen Bereichen „abgeglichen“ werden.
 - Abhilfe für kurzfristige Problemlagen, die in absehbarer Zeit gelöst werden können, muss flexibel sein. Personal, das zur Abarbeitung oder Überbrückung eingesetzt

01 wird, muss mittelfristig auch zwischen Bezirken je nach Be-
 02 darf verschoben werden können. Möglich wäre ein zentra-
 03 ler Stellenpool von Menschen mit Schlüsselqualifikationen
 04 (Ärzte, Sozialarbeiter), die langfristig auf Planstellen in den
 05 Bezirken mit ungünstigen Altersstrukturen im ÖGD plat-
 06 ziert werden.
 07

08 2. Gerade in Bezug auf die Gesundheit von Kindern und Ju-
 09 gendlichen muss flankierend hierzu eine Verstärkung der
 10 personellen Ressourcen in anderen relevanten Bereichen in
 11 sozial benachteiligten Kiezen erfolgen. Hier ist insbesonde-
 12 re an die Schulen, Kindertagesstätten und Jugendfreizeit-
 13 angeboten zu denken.
 14

Antrag Nr. 49/1/08

49/1/08

FA IX / Gesundheit und Soziales

Annahme

Der Landesparteitag möge beschließen:

17 Der Senat wird aufgefordert, sich für ein quantitativ ausrei-
 18 chendes und bedarfsgerechtes Angebot an ambulanten und
 19 mobilen Leistungen der medizinischen Rehabilitation und zur
 20 Teilhabe am Arbeitsleben auch für Menschen mit schweren
 21 und chronisch verlaufenden psychischen Erkrankungen (u.a.
 22 schizophrenen Psychosen, schwere affektive Erkrankungen)
 23 gegenüber den zuständigen Leistungsträgern einzusetzen.
 24
 25

Antrag Nr. 50/1/08

50/1/08

FA IX / Gesundheit und Soziales

Annahme

Der Landesparteitag möge beschließen:

26 Der Senat wird aufgefordert, sich in Verhandlungen mit den
 27 zuständigen Leistungsträgern (Krankenkassen) dafür einzuset-
 28 zen, dass im Land Berlin entsprechend den Zielen der Gesund-
 29 heitsreform Angebote für
 30

- 31 • Soziotherapie,
- 32 • häusliche psychiatrische Krankenpflege,
- 33 • medizinische Rehabilitation,
- 34 • integrierte Versorgung

35 entwickelt werden beziehungsweise die Grenzl意思ien der Finan-
 36 zierung zwischen dem Land (Eingliederungshilfe) und den
 37 gesetzlichen Krankenkassen verschoben werden.
 38

Antrag Nr. 51/1/08

51/1/08

FA IX /Gesundheit und Soziales

Annahme

Der Landesparteitag möge beschließen:

39 Der staatliche Sicherstellungsauftrag umfasst auch eine staat-
 40 liche Verantwortung für eine quantitativ ausreichende und
 41 qualitativ gute Versorgung der Bevölkerung vieler Lebensberei-
 42 che. Die Länder müssen dabei auch weiterhin die Letztverant-
 43 wortung für die Planung der stationären Versorgung einschließ-
 44 lich der Notfallversorgung behalten, unabhängig davon,
 45 wer künftig für eine bedarfsgerechte und angemessene Investi-
 46 tionsfinanzierung zu sorgen hat.

47 Die Krankenhausplanung der Länder soll möglichst konsensori-
 48 entiert mit den Leistungserbringern und Kostenträgern zu einer
 49 bedarfsgerechten Angebotsstruktur führen und Überkapazitä-
 50 ten vermeiden. Sie soll stärker als Rahmenplanung ausgerichtet
 51 sein.
 52

53 Dabei sind:

- 54 • Kriterien der Qualität stärker zu berücksichtigen;
- 55 • Standort- und fachrichtungsspezifische Feststellungen auf
 56 ein erforderliches Mindestmaß zu reduzieren;

57
 58
 59
 60
 61
 62
 63
 64
 65
 66

- 01 • Verzahnungen zum ambulanten Bereich soweit als möglich
02 und erforderlich darzustellen und hier insbesondere auf die
03 Entwicklungen der Medizinischen Versorgungszentren, der
04 Integrierten Versorgung und der Einzelkooperation von
05 niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern einzugehen ist.
06

07 Unabhängig hiervon ist zu prüfen, wie und im welchem Maße
08 das Prinzip der Patientenautonomie bei den vertraglichen Be-
09 ziehungen zwischen der ambulanten und der stationären Ver-
10 sorgung dadurch verbessert wird, indem die Beteiligten den
11 Patienten grundsätzlich und ausreichend über ihre vertragli-
12 chen Bindungen informieren.
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

Inneres / Recht

Antrag Nr. 52/1/08

KDV Spandau

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundestagsfraktion möge beschließen:

Die Bundestagsfraktion der SPD wirkt auf eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes hin mit dem Ziel, dass einem ausländischen Arbeitnehmer, der länger als zwei Jahre einer Vollzeitarbeit bei branchenüblicher Bezahlung nachgegangen ist, bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch dann eine Daueraufenthaltserlaubnis (Niederlassungserlaubnis) erteilt wird, wenn er oder seine Familie den Lebensunterhalt ohne ergänzende staatliche Transferleistungen nicht garantieren können.

Antrag Nr. 53/1/08

KDV FrhainKreuz

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (RGBl. I 1913, 583, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 19. 8. 2007, BGBl. I 1970) in den Deutschen Bundestag einzubringen, der auf Abschaffung

1. der Pflicht zur Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit bei Einbürgerung und
2. des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit bei Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit

gerichtet ist. Zu streichen sind insbesondere die §§ 9 Abs.1 Nr. 1, 10 Abs. 1 Nr. 4 und 17 Nr. 2 StAG. Die §§ 25 und 29 StAG werden durch die Änderung überflüssig.

Antrag Nr. 54/1/08

KDV Pankow

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD steht einer Reform des Berliner Wahlrechts aufgeschlossen gegenüber. Die SPD Kreisverbände und der Landesverband bilden - mit Blick auf das Volksbegehrender der Reform des Wahlrechts - gemeinsam mit der Fraktion im Abgeordnetenhaus eine Arbeitsgruppe, um einen Vorschlag für ein demokratieförderliches neues Wahlrecht vorzulegen. Die Erfahrungen anderer Bundesländer sind in diesen Vorschlag einzu beziehen.

Antrag Nr. 55/1/08

KDV Lichtenberg und Abt. 05/Lichtenberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundestagsfraktion möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundesregierung und des Deutschen Bundestages werden aufgefordert, das Bundesgesetz zur Vorratsdatenspeicherung im Sinne des Verfassungsgerichtsurteils vom 19.03.2008 zeitnah neu zu gestalten. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments werden gebeten, sich für die Prämisse Nr. 6 einzusetzen.

52/1/08

Annahme

53/1/08

Annahme i.d.F.d.AK

Der Bundestagsfraktion möge beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich aktiv für die Beseitigung bürokratischer Integrationshemmnisse durch die Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft einzusetzen. Im Sinne der ursprünglich von der Regierung Schröder und der rot-grünen Koalition 1999 geplanten Reform soll das Staatsangehörigkeitsgesetz so geändert werden, dass

1. die Pflicht zur Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit bei Einbürgerung,
 2. der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit und
 3. der Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft ab 23, wenn ein hier geborenes Kind seine Herkunftts-Staatsbürgerschaft nicht aufgibt (Optionsmodell)
- entfällt.

54/1/08

Überweisung an FA III / Inneres mit Berichtspflicht bis zum LPT am 11.10.2008

55/1/08

Annahme

01 Folgende Prämissen sind unbedingt zu beachten:

- 02
03
04 1. Stärkung des bürgerlichen Grundrechts auf informationelle
05 Selbstbestimmung
06 2. Daten zur Dauer, Standort, noch zur Person oder sonstigen
07 Sachverhalten dürfen bei den Mobilfunkanbietern nicht ge-
08 speichert werden, es sei denn zur Rechnungslegung.
09 3. Eine Weitergabe von Daten an staatliche Institutionen oder
10 an Dritte ist gesetzlich zu verbieten.
11 4. Deutschland muss die geplante staatliche Registrierung
12 aller Flugreisen, mit der die nächste verfassungswidrige
13 Vorratsspeicherung droht, sofort stoppen, ebenso wie das
14 Vorhaben zum millionenfachen Bruch des Postgeheimnis-
15 ses durch Erfassung und Auswertung von Brief- und Pa-
16 ketsendungen.
17 5. Die halbjährliche Evaluierung des Gesetzes durch die Da-
18 tenschutzbeauftragten, den Deutschen Bundestag und
19 durch Verbände sowie die Möglichkeit der ersatzlosen Ab-
20 schaffung des Gesetzes ist sicherzustellen.
21 6. Die EU-Richtlinie 2006/24/EG ist abzuschaffen.

22 **Antrag Nr. 56/II/08**

23 **KDV Mitte**

24 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

25 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

26 Die SPD Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen
27 Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert § 173
28 StGB (Beischlaf zwischen Verwandten) ersatzlos abzuschaffen.
29

30 **Wiedervorlage Antrag Nr. 22/II/07**

31 **ASF Berlin**

32 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

33 Die SPD Mitglieder im Senat und die SPD-
34 Abgeordnetenhausfraktion werden aufgefordert, sich für ein
35 humanes und menschenwürdiges Aufenthaltsrecht für Frauen
36 in Not wie folgt einzusetzen:
37

- 38 • Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution wird
39 eine Frist von drei Monaten gewährt, um sich zu
40 entscheiden, ob sie mit den Behörden zusammenarbeiten
41 und dadurch insbesondere die Strafverfolgung des Täters
42 befördern.
43 • Frauen, die sich für eine Kooperation mit den Behörden
44 entscheiden, wird für weitere sechs Monate eine
45 Aufenthaltserlaubnis erteilt. Es werden die Möglichkeiten
46 der Aufenthaltsgewährung geprüft mit dem Ziel, ein
47 dauerhaftes Aufenthaltsrecht gewähren.
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

56/II/08

vertagt auf LPT am 11.10.08

WV 22/II/07

Annahme i.d.F.d.AK:

Die SPD Mitglieder im Senat und die SPD-
Abgeordnetenhausfraktion werden aufgefordert, sich für ein
humanes und menschenwürdiges Aufenthaltsrecht für Frauen
in Not wie folgt einzusetzen:

- Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution wird eine Frist von drei Monaten gewährt, um sich zu entscheiden, ob sie mit den Behörden zusammenarbeiten und dadurch insbesondere die Strafverfolgung des Täters befördern.
- Frauen, die sich für eine Kooperation mit den Behörden entscheiden, wird bis zum rechtskräftigen Abschluss eines Strafverfahrens ein Recht zum Aufenthalt gewährt. Anschließend soll geprüft werden, ob aus humanitären Gründen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erteilt werden kann.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

Inneres / Verwaltung

Antrag Nr. 57/1/08

57/1/08

KDV Spandau

Annahme

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, verstärkt Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund in der Berliner Verwaltung zu beschäftigen.

Antrag Nr. 58/1/08

58/1/08

ASF-LDK

Annahme

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert, das Personalvertretungsgesetz so zu verändern, dass die Frauenvertreterinnen des Landes Berlin an den regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Personalrats ihrer jeweiligen Dienststellen teilnehmen können.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

Rentenpolitik

Antrag Nr. 59/I/08

59/I/08

AfA Berlin

Annahme

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung setzen sich für eine Weiterentwicklung der deutschen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung ein und prüfen dazu unter Beachtung des verfassungsrechtlich gebotenen Vertrauensschutzes (Übergangsfristen) erstens die schrittweise bzw. mittel- und langfristige Ausdehnung der Versichertengemeinschaft auf

a) Selbständige,

b) geringfügig beschäftigte Erwerbstätige,

c) sonstige entgeltliche Praktika,

d) Politiker/innen,

e) neu berufene Beamtinnen und Beamte,

f) Berufsständler/innen

und werden dabei zweitens grundsätzlich an der paritätischen Finanzierung durch Arbeitnehmer/Innen und Arbeitsgeber/Innen festhalten.

Soziales

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

Antrag Nr. 60/1/08

60/1/08

KDV Spandau

Überweisung an FA IX / Gesundheit und Soziales

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der konkrete Pflegebedarf der Patienten regelmäßig angepasst und die Qualität der Pflege damit insgesamt verbessert wird.

Dazu gehört:

- den Pflegebedarf nicht nur nach Pflegestufen anzupassen, sondern das konkrete Krankheitsbild und den Verlauf der Krankheit, zum Beispiel bei Demenzkranken, zur Grundlage zu machen;
- eine regelmäßige Überprüfung von Leistung und Qualität der Pflegeeinrichtungen nach bundesweit einheitlichen Standards, um deren Vergleichbarkeit für die Medizinischen Dienste der Krankenkassen zu ermöglichen und
- die Veröffentlichung der Prüfberichte in verständlicher und einfacher Form für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen, um deren Suche nach einer geeigneten Einrichtung zu erleichtern.

Antrag Nr. 61/1/08

61/1/08

KDV Spandau

Überweisung an FA IX / Gesundheit und Soziales

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass ein von der Pflegeversicherung unabhängiges Case- und Care- Management eingeführt wird.

Antrag Nr. 62/1/08

62/1/08

KDV Spandau

Annahme

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Beitragsbemessungsgrenzen für die Arbeitslosen-, die Kranken- und Pflege- sowie die Rentenversicherung vereinheitlicht werden und dabei die aktuelle für die Rentenversicherung zum Standard gemacht wird. Die unterschiedlichen Beitragsätze der Systeme bleiben dabei unverändert und können ggf. als Instrument verwendet werden, nicht mehr notwendige Beiträge (z.B. wie zurzeit in der Arbeitslosenversicherung geschehen) über eine Senkung des Beitragssatzes an die Versicherern zurückzugeben.

Antrag Nr.: 63/1/08

63/1/08

KDV Spandau

Überweisung an FA IX / Gesundheit und Soziales

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Kranken- und Pflegeversicherung wieder zusammengeführt werden, um

- den bürokratischen Aufwand bei der Verwaltung von zwei im Augenblick voneinander getrennten Systemen zu beseitigen,

- 01 • eine koordinierte Verwaltung der Pflegefälle, gerade beim
02 Übergang von der Kranken- zur Pflegeversorgung sicherzu-
03 stellen und
04 • Streitigkeiten zwischen den jetzigen Krankenversicherun-
05 gen und Pflegeversicherungen auszuschließen.
06

07 **Antrag Nr. 64/I/o8**

08 **KDV Spandau**

09 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

10 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

11 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und
12 des Bundestages werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
13 dass die Leistungsgewährung aus der Sozialen Pflegeversiche-
14 rung bereits ab der Pflegestufe 0 beginnt.
15

64/I/o8

Überweisung an FA IX / Gesundheit und Soziales

16 **Antrag Nr. 65/I/o8**

17 **AfA Berlin**

18 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

19 Die SPD Bundestagsfraktion und die SPD Mitglieder in der
20 Bundesregierung setzen sich für einen einheitlichen Regelsatz
21 der Grundsicherung von mindestens 420,- € nach dem SGB II
22 ein, dessen Höhe sich an dem Vorschlag der DGB Gewerkschaf-
23 ten orientiert.
24
25

65/I/o8

Erledigt durch Annahme 70/I/o8

26 **Antrag Nr. 66/I/o8**

27 **KDV FrhainKreuz**

28 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

29 Für einkommensschwache Haushalte ist die Belastung der
30 Haushaltskunden in Deutschland durch die steigenden Kosten
31 für Gas und Strom besonders schwer zu schultern. Um diese
32 Menschen zu unterstützen, soll flächendeckend ein Sozialtarif
33 in der Energieversorgung angeboten werden, der eine sichere
34 und verbraucherfreundliche Versorgung der Allgemeinheit mit
35 Energie in sozialer Verantwortung gewährleistet.
36

66/I/o8

vertagt auf LPT am 11.10.08

37 Der Senat wird daher aufgefordert, mit der Energiewirtschaft in
38 Verhandlungen über die flächendeckende Einführung von
39 Sozialtarifen zu treten und dem Abgeordnetenhaus einen ent-
40 sprechenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten.
41

42 Der Sozialtarif soll sich an folgenden Grundsätzen orientieren:

- 43 1. Der Sozialtarif wird in ganz Berlin vom Grundversorger
44 angeboten.
45 2. Der Sozialtarif wird auf der Grundlage des bisherigen All-
46 gemeinen Tarifs für Strom bzw. Heizgas/Gas und Fernwär-
47 me eingeführt. Im Rahmen des Sozialtarifs wird der Grund-
48 preis nicht mehr erhoben, sondern lediglich der
49 verbrauchsabhängige Arbeitspreis berechnet. Alternativ
50 können Energieversorger verpflichtet werden, einen preis-
51 günstigen Tarif anzubieten, der für ein begrenztes Kontin-
52 gent (z. B. 500 kWh jährlich pro Kopf) um 25% günstiger als
53 der Durchschnittstarif sein muss. Der Preis für jede weitere
54 Kilowattstunde darüber hinaus könnte an den Durch-
55 schnittstarif angeglichen werden.
56 3. Berechtig sind Empfänger von Wohngeld und von Sozial-
57 leistungen. Der Nachweis über Wohngeldbezug, Befreiung
58 von GEZ-Gebühren oder das Sozialticket der BVG (bei Ein-
59 führung auch der Berlin-Pass) genügt. Durch diese Kriterien
60 soll eine möglichst unbürokratische Prüfung der An-
61 spruchsberechtigung erfolgen. Zugleich soll vermieden
62 werden, dass einkommensschwache Haushalte gegenüber
63 ihrem Energieversorger ihre Einkommens- und Vermögens-
64 verhältnisse detailliert offen legen müssen.
65
66

- 01 4. Der Sozialtarif beinhaltet auch eine verpflichtende kosten-
 02 lose Energieberatung und den kostenlosen Verleih von
 03 Strommessgeräten, um Möglichkeiten aufzuzeigen, wie
 04 Energie dauerhaft und nachhaltig eingespart werden kann.
 05 Damit sollen sowohl zentrale klimapolitische Ziele erreicht
 06 werden als auch eine Kostenentlastung durch Energieein-
 07 sparung. Der Sozialtarif gewährleistet also die Grundver-
 08 sorgung bei gleichzeitigem Anreiz zum sparsamen Umgang
 09 mit Energie. Die durch sparsamen Verbrauch eingesparten
 10 Kosten könnten dem Sozialtarifbezieher auch als zusätzli-
 11 cher Anreiz ausgezahlt werden.
- 12 5. Der Sozialtarif wird zwischen dem Energieversorger und
 13 den Anspruchsberechtigten jeweils für die Dauer von zwölf
 14 Monaten vereinbart, danach wird die Zugehörigkeit zum
 15 anspruchsberechtigten Personenkreis durch entsprechende
 16 erneute Vorlage der Unterlagen überprüft. Falls weiterhin
 17 ein Anspruch besteht, wird auch der Sozialtarif weiterhin
 18 gewährt, ansonsten wird dem Kunden/der Kundin ein An-
 19 gebot im Rahmen der allgemeinen Tarife unterbreitet.
- 20 6. Die Finanzierung des Sozialtarifs soll über einen deutsch-
 21 landweiten Fonds, der von den großen Energieversorgern
 22 E.ON, EnBW, RWE und Vattenfall gespeist wird, erfolgen.
 23 Die Grundversorger, wie z. B. kommunale Stadtwerke, dür-
 24 fen nicht wettbewerbsbenachteiligt werden. Sie melden ih-
 25 re Mehrkosten, die in einem transparenten Verteilungsver-
 26 fahren aus den Mitteln des Fonds finanziert werden. Aus
 27 diesem Fonds soll zudem bedürftigen Haushalten Hilfe für
 28 die Energieeinsparung und die Anschaffung Strom sparen-
 29 der Haushaltsgeräte gewährt werden.

Antrag Nr. 67/1/08

KDV FrhainKreuz

Der Landesparteitag möge beschließen:

31 Die Berliner Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion wird
 32 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der SGB II-Regelsatz
 33 für Kinder und Jugendliche erhöht wird. Der Berliner Senat wird
 34 aufgefordert, einen entsprechenden Antrag zur Erhöhung des
 35 SGB II-Regelsatzes für Kinder und Jugendliche in den Deutschen
 36 Bundesrat einzubringen.

67/1/08

Annahme

Antrag Nr. 68/1/08

KDV FrhainKreuz

Der Landesparteitag möge beschließen:

37 Die Berliner Senat wird aufgefordert, die schnellstmögliche
 38 Anpassung des Preises für das Berliner Sozialticket von derzeit
 39 33,50 Euro monatlich an den dafür vorgesehenen Bedarf für
 40 ALG II-Empfänger von derzeit rund 19 Euro monatlich im ALG II-
 41 Regelsatz vorzunehmen. Das Berliner Sozialticket darf nicht
 42 mehr kosten als dafür im Regelsatz vorgesehen ist.

68/1/08

**vertagt auf LPT am 11.10.08 und Stellungnahme des FA IX /
 Gesundheit und Soziales**

Antrag Nr. 69/1/08

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

43 Die SPD Bundestagsfraktion und die SPD Mitglieder in der
 44 Bundesregierung setzen sich für einen einheitlichen Regelsatz
 45 der Grundsicherung von 420,-€ nach dem SGB II ein, dessen
 46 Höhe sich an dem Vorschlag des paritätischen Wohlfahrtsver-
 47 bandes und der DGB Gewerkschaften orientiert.

69/1/08

Erledigt bei Annahme 70/1/08

62
63
64
65
66

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

Antrag Nr. 70/1/08

FA IX / Gesundheit und Soziales

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der SPD-Landesvorstand und der Senat werden gebeten, sich mit verschiedenen politischen Initiativen – ggf. auch im Rahmen einer Bundesratsinitiative – für eine Neufestsetzung des Niveaus einer angemessenen Grundsicherung in folgendem Sinne einzusetzen:

1. Es ist umgehend eine hinsichtlich der Höhe angemessene und bedarfsgerechte Grundsicherung und damit verbundene Neubemessung der Regelsätze auf der Grundlage der in diesem Jahr durchzuführenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) unter Einbeziehung der Ergebnisse des Mikrozensus zu entwickeln und umzusetzen. Da diese hinsichtlich der Ergebnisse erst im Jahr 2011 zu erwarten ist, werden in den Jahren 2009 und 2010 die Regelsätze nicht in Höhe der aktuellen Rentenwerte, sondern der jeweiligen - auf den Warenkorb bezogene - jeweilige Preissteigerungsrate erhöht. Darüber hinaus sind für die Zukunft Wege zu suchen, die Ergebnisse der EVS zeitnäher für die Festsetzung der Regelsätze nutzbar zu machen.
2. In das SGB II wird die Regelung über die Berücksichtigung atypischer Bedarfslagen, wie sie bereits im Sozialhilfegesetz (§ 28 Abs. 1 S. 1 SGB XII) enthalten ist, übernommen: „Die Bedarfe werden abweichend festgelegt, wenn im Einzelfall ein Bedarf ganz oder teilweise anderweitig gedeckt ist oder unabweisbar seiner Höhe nach von einem durchschnittlichen Bedarf abweicht.“
3. Zur Ermittlung der Regelsätze für Kinder wird ein bedarfsorientiertes Bemessungssystem für eine armutsfeste und kindgerechte Erhebung der Regelsätze entwickelt. Die Regelsätze für Kinder und Jugendliche werden in prozentualen Anteilen der Erwachsenen-Regelsätze für Altersgruppen bis sechs Jahre, bis zwölf und bis achtzehn Jahre festgesetzt. Weiterhin werden einmalige Beihilfen für Konfirmation, Jugendweihe und Erstkommunion sowie Sachleistungen für folgende Bedarfe eingeführt, soweit die Kosten nicht durch Länder oder Kommunen getragen werden:
 - Lernmittel, Schulmaterial und Schülerbeförderung
 - Mahlzeiten im Rahmen der Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen
 - Inanspruchnahme von kommunalen Sportangeboten, Musikschulen und Bibliotheken

Sobald und soweit erkennbar wird, dass der Bund nicht in diesem Sinne tätig wird, ist vom Senat zu prüfen, ob diese Leistungen zugunsten der Kinder – vorläufig – vom Land Berlin erbracht werden können.

70/1/08

Annahme i.d.F.d.AK:

..... sondern der jeweiligen Preissteigerungsrate erhöht.

01 **Sport**

02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

Antrag Nr. 71/1/08

71/1/08

KVV Lichtenberg (Beschluss vom Januar 08)

Erledigt durch Beschlusslage der AH-Fraktion

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses von Berlin werden aufgefordert:

1. sich gegenüber der Senatsverwaltung für Inneres und Sport sowie den Berliner Bäderbetrieben dafür einzusetzen, dass alle derzeit im Betrieb befindlichen Hallenbäder geöffnet bleiben,
2. von den Berliner Bäderbetrieben eine verbindliche Aussage darüber einzufordern, wann das Sommerbad Wuhlheide wieder geöffnet wird.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

Steuerpolitik

Antrag Nr. 72/1/06

AfA Berlin

72/1/08

vertagt auf LPT am 11.10.08

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung setzen sich für gesetzliche Regelungen über eine Erbschaftssteuer ein, die einen deutlich höheren Ertrag als bisher ermöglichen.

Antrag Nr. 73/1/08

KDV FrhainKreuz

73/1/08

vertagt auf LPT am 11.10.08

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Bundesfinanzminister werden aufgefordert,

1. einer weiteren Absenkungen der Einkommensteuersätze nicht zuzustimmen,
2. finanzielle Spielräume in den öffentlichen Haushalten zu nutzen, um durch Zuschüsse an die Sozialversicherungen deren Beiträge zu stabilisieren oder abzusenken bzw. das Leistungsangebot nicht weiter auszuhöhlen und
3. finanzielle Spielräume in den öffentlichen Haushalten zu nutzen, um öffentliche Investitionen zu tätigen.

Antrag Nr. 74/1/08

KDV Mitte

74/1/08

vertagt auf LPT am 11.10.08

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Berliner SPD spricht sich für die Einführung einer Bundessteuerverwaltung aus und fordert den Senat auf, seine diesbezüglichen Aktivitäten fortzusetzen.

Antrag Nr. 75/1/08

KDV Mitte

75/1/08

vertagt auf LPT am 11.10.08

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die SPD Bundestagsfraktion und die SPD Mitglieder in der Bundesregierung setzen sich für gesetzliche Regelungen über eine Erbschaftssteuer ein, die einen deutlich höheren Ertrag als bisher ermöglichen.

Umwelt

Antrag Nr. 76/1/08

KDV FrhainKreuz

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass sich eine neue Politik des Naturschutzes in Deutschland durchsetzt. Diese neue Politik des Naturschutzes muss dem intergenerationellen Nutzen von Bäumen mehr Gewicht geben. Hierzu gehört, dass es eine hohe Priorität geben muss, Bäume und Parkanlagen für mehrere Generationen anzulegen und zu dauerhaft zu erhalten. Die zunehmende Konzentration von städtischen Räumen führt zu einer zunehmenden Bedeutung von städtischem Grün, wie Parkanlagen, einzelnen Bäumen und Grünzügen für die Erholung der Menschen aber auch für das Klima. Der kulturelle Wert von Parkanlagen muss stärker in den Fokus von Entscheidungen gerückt werden. Zum kulturellen Wert gehört der generationsübergreifende Nutzen einer Parkanlage und des Stadtgrüns. Auch Stadtbäume können mehrere hundert Jahre alt werden, wenn man sie lässt.

Hierfür müssen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. Rechtliche Änderungen

Gegen den Erhalt von Bäumen sprechen häufig versicherungsrechtliche Gründe und der Tatbestand, dass zuständige Behördenleiter in persönliche Verantwortung genommen werden, falls es zu Windbruch von Bäumen kommt. Das führt zu einer Häufung und beschleunigten Feststellung von Fällmaßnahmen. Künftig muss es eine rechtliche Klarstellung zugunsten des Erhalts der Bäume geben.

2. Erhalt von Bäumen und Großsträuchern als oberstes Ziel des Naturschutzes

- Die Fällung von einem Baum darf künftig nur unter dem Aspekt des generationenübergreifenden Nutzens und nur in Ausnahmefällen und nach Abwägung der nach Naturschutzgesetz gebotenen pflegerischen Erhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden. Hierbei muss dokumentiert werden, welcher Einsatz von Erhaltungsmaßnahmen vorgenommen wurde bzw. warum diese nicht durchgeführt werden konnten.
- Für die geplante Fällung von einem oder mehreren Bäumen, z.B. im Zuge von Baumaßnahmen, müssen Anwohner künftig ein Mitspracherecht eingeräumt bekommen. Hierzu gehört, dass sie einen weiteren Gutachter verlangen dürfen und die Fällmaßnahmen bis zur Klärung der Notwendigkeit der Fällmaßnahme ausgesetzt werden müssen.
- Als pflegerische Maßnahmen sind häufiger als bisher Erhaltungsmaßnahmen, wie Stützmaßnahmen vorzusehen.
- Die regelmäßige Düngung und Wässerung von Stadtbäumen soll zum Regelfall werden. Wenn Kommunen damit finanziell überfordert sind, sollen Maßnahmen zur Beteiligung von Anwohnern (bürgerschaftliches Engagement) ergriffen werden. Wenn eine Kommune diese nicht ergreift und auch nicht selber aktiv wird, sollen die Anwohner ein Klagerecht eingeräumt bekommen.

76/1/08

Überweisung an FA X / Natur, Energie und Umweltschutz

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

01 **3. Ausbildung bzw. Fortbildung für Gutachter der Baumstatik**
02 **qualifizieren**

- 03 • Gutachter, die die Standsicherheit von Bäumen beurteilen,
04 müssen zwingend für diese gutachterliche Arbeit
05 eine besondere auf Baumstatik ausgerichtete Ausbildung
06 absolvieren und staatlich für Gutachten der
07 Baumstatik anerkannt sein. Falls nicht, dürfen sie nicht
08 beauftragt werden.
- 09 • Die Ausbildung und Fortbildung zu einem staatlich anerkannten
10 Gutachter für Baumstatik muss qualifiziert
11 werden. Hierfür reicht ein einfaches Studium nicht aus.
12 Der Nachweis von umfangreichen Pflanzenkenntnissen
13 muss gesondert erbracht werden.
- 14 • Firmen, deren Unternehmenszweck die Fällung von
15 Bäumen ist, dürfen nicht gleichzeitig gutachterliche
16 Stellungnahmen über die Standsicherheit von Bäumen
17 erstellen. Gutachter sollen unabhängig von eigenen
18 Unternehmensinteressen die Statik von Bäumen beurteilen.
19
20

21 **4. Ausführende Firmen zu gärtnerischen Fachfirmen qualifizieren**

- 22 • Firmen, die Aufträge von Kommunen, Bundesländern
23 oder dem Bund zur Pflege von Grün- und Parkanlagen
24 erhalten, müssen nachweisen, dass sie für diese Arbeiten
25 ausgebildete Gärtner einsetzen. Die für Grünflächen
26 zuständigen Ämter sollen künftig eine Firma von der
27 Vergabe ausschließen, wenn Schnittmaßnahmen ohne
28 besondere Pflanzenkenntnisse von ungelerten
29 Arbeitskräften ausgeführt wurden, bzw. wenn Schnitt-
30 maßnahmen als nicht fachgerecht erkannt werden.
- 31 • Für Schnittmaßnahmen sind künftig im Bereich des 3.
32 Arbeitsmarktes keine ungelerten Arbeitskräfte mehr
33 einzusetzen.
- 34 • Die Berufsausbildung des Gärtners muss künftig
35 Eingangsvoraussetzung für die Gründung einer Firma sein.
36
37
38

39 **Antrag Nr. 77/1/08**

40 **KDV FrhainKreuz**

41 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

42 Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus wird aufgefordert,
43 sich dafür einzusetzen, dass sich die Pflege und der Erhalt
44 von städtischem Grün entscheidend verbessern.
45

77/1/08

Annahme

46 **Antrag Nr. 78/1/08**

47 **KDV StegZehl**

48 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

49 Die SPD Berlin spricht sich gegen einen Bau eines Steinkohle-
50 kraftwerks in Klingenberg aus. Die SPD in Berlin strebt eine
51 Energieversorgung der Stadt an, die sich auf zukunftsgerechte,
52 nachhaltige Energieträger stützt. In der Übergangszeit befür-
53 worten wir den Neubau von bzw. die Umrüstung zu Kraftwer-
54 ken mit Kraft-Wärme-Kopplung, die mit Erdgas befeuert werden.
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

78/1/08

**Überweisung an FA X / Natur, Energie und Umweltschutz mit
Berichtspflicht zum LPT am 11.10.2008**

Verkehr

Antrag Nr. 79/1/08

KDV StegZehl

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir lehnen die (Teil-) Privatisierung der Deutschen Bahn AG ab.

- a. Die Bahn hat eine herausragende Bedeutung. Sie muss in öffentlichem Eigentum bleiben! Eine moderne Bahn in öffentlichem Eigentum muss dabei finanziell deutlich besser ausgestattet werden als bisher. Eine teilweise oder vollständig privatisierte Bahn gefährdet die Zukunft des Schienenverkehrs in Deutschland: Sie würde ihre Unternehmenspolitik an den Renditezielen
- b. Wir fordern einen Sonderparteitag zur Beschlussfassung über die Bahn-Teilkapitalprivatisierung gemäß der Zusage des Hamburger-Parteitages.

Antrag Nr. 80/1/08

KDV Pankow

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir lehnen eine Teilkapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG ab. Die Bahn hat eine herausragende Bedeutung. Sie muss in öffentlichem Eigentum bleiben! Eine moderne Bahn in öffentlichem Eigentum muss dabei finanziell deutlich besser ausgestattet werden als bisher. Um die Bahn als Verkehrsträger auch zukünftig attraktiv zu halten, ist ein preisgünstiger, attraktiver und flächendeckender Schienenverkehr notwendig.

Dies muss ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Verkehrspolitik sein. Eine teilweise oder vollständig kapitalprivatisierte Bahn gefährdet die Zukunft des Schienenverkehrs in Deutschland: Sie würde ihre Unternehmenspolitik an den Renditezielen der privaten Investoren statt an einer nachhaltigen Verkehrspolitik ausrichten.

Eine nachhaltige Verkehrspolitik braucht einen leistungsfähigen Bahnverkehr. Deshalb ist es politisch unverantwortlich an der Bahn private Investoren zu beteiligen. Es ist an der Zeit, Privatisierungsfehler der Vergangenheit nicht nochmals beim letzten in öffentlichem Besitz verbliebenen Großunternehmen zu wiederholen.

Der Hamburger Bundesparteitag hat deshalb mit guten Gründen eine Teilkapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG kritisch beurteilt und klare Bedingungen gestellt:

- Erhalt des integrierten Konzerns (also keine Trennung von Netz und Betrieb),
- Eine Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG ausschließlich mit stimmrechtlosen Vorzugsaktien (sog. „Volksaktien“),
- Private Investoren dürfen keinen Einfluss auf die Unternehmenspolitik der Deutschen Bahn AG gewinnen, und
- die Infrastruktur muss im Eigentum des Bundes bleiben.

Das nun von der Bundesregierung verfolgte Holdingmodell lässt sich nicht mit dem Beschluss des Hamburger Bundesparteitags vom 27. Oktober 2007 vereinbaren, es erfüllt fast alle dieser Bedingungen nicht. Die geplante Holding-Struktur ist eine Vorstufe der Trennung von Netz und Betrieb. Die Bundesregierung prüft derzeit, mit dem Holding-Modell Stammaktien mit Stimmrecht auszugeben. Private Investoren erhalten so direkten Einfluss auf die Holding, die den gesamten Bahnverkehr betreiben soll. Einzig die Bedingung, dass die Infrastruktur zum Eigentum des Bundes werden soll, wird vom Holding-Modell erfüllt.

79/1/08

Erledigt durch Annahme Resolution

80/1/08

Annahme i.d.F.d.AK:

Vom Handeln des ehemaligen Transnet-Chefs und Mitglied der SPD, Norbert Hansen, sind wir enttäuscht. Wir können uns des Eindrucks, dass hier jemand, der maßgeblich die Teilkapitalprivatisierung mit gestaltet hat, zu seinen Interessen gehandelt hat, nicht verwehren.

Erfahrungsgemäß ist ein Börsengang mit hohen Kosten verbunden. Kosten, die auf der anderen Seite erhebliche Einnahmen für die auf Börsengänge spezialisierte Banken bedeuten. Sollte es zu einer Kapitalprivatisierung der Bahn kommen, so fordern wir daher die Bundesregierung auf die Kosten des Börsengangs und die Kriterien für die Auswahl der beauftragten Bank bzw. des beauftragten Bankenkonsortium komplett offenzulegen.

Zudem fordern wir den Bundesverkehrsminister auf, offenzulegen, wie viele ausgeliehene Mitarbeiter von Privatunternehmen in seinem Haus und anderen Ministerien mit der Kapitalprivatisierung der Bahn befasst waren bzw. noch befasst sind.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

01 Das Holding-Modell widerspricht also eindeutig den Kriterien
 02 des Parteitagbeschlusses. Für diesen Fall wurde beim Hamburger
 03 Parteitag festgelegt, dass die Entscheidung dem nächsten
 04 Bundesparteitag übertragen wird. Wir erwarten von allen sozia-
 05 ldemokratischen Entscheidungsträger/innen, dass sie sich an
 06 die in Hamburg auf dem Bundesparteitag getroffene Vereinba-
 07 rung halten und fordern die Bundesregierung auf, die Kapital-
 08 privatisierung der Bahn nach dem Holdingmodell zu stoppen.
 09 Wenn Bundesregierung und Parteiführung dieses Modell wei-
 10 ter verfolgen wollen, dann muss vorher ein Bundesparteitag
 11 dieses Modell beurteilen.

12
 13 Vom Handeln des ehemaligen Transnet-Chefs und Mitglied der
 14 SPD, Norbert Hansen, sind wir enttäuscht. Wir können uns des
 15 Eindruckes, dass hier jemand, der maßgeblich die Teilkapital-
 16 privatisierung mit gestaltet hat, zu seinen Interessen gehandelt
 17 hat, nicht verwehren.

18
 19 Erfahrungsgemäß ist ein Börsengang mit hohen Kosten ver-
 20 bunden. Kosten, die auf der anderen Seite erhebliche Einnah-
 21 men für die auf Börsengänge spezialisierte Banken bedeuten.
 22 Sollte es zu einer Kapitalprivatisierung der Bahn kommen, so
 23 fordern wir daher die Bundesregierung auf die Kosten des
 24 Börsengangs und die Kriterien für die Auswahl der beauftrag-
 25 ten Bank bzw. des beauftragten Bankenkonsortium komplett
 26 offenzulegen.

27
 28 Zudem fordern wir den Bundesverkehrsminister auf, offenzu-
 29 legen, wie viele ausgeliehene Mitarbeiter von Privatunterneh-
 30 men in seinem Haus und anderen Ministerien mit der Kapital-
 31 privatisierung der Bahn befasst waren bzw. noch befasst sind.

Antrag Nr. 81/1/08

Abt. 06/ MarzHell

Der Landesparteitag möge beschließen:

32 Der Senat möge sich dafür einsetzen das das jetzige Kurzstrec-
 33 kenticket der BVG erweitert und gleichzeitig verbilligt werden
 34 soll. Es soll für 5 Stationen mit einer Umsteigemöglichkeit gel-
 35 ten. Es soll 0,50 € kosten.

81/1/08

Ablehnung

Antrag Nr. 82/1/08

Abt. 06/ MarzHell

Der Landesparteitag möge beschließen:

36 Die Vertreter des Senates im Aufsichtsrat der BVG werden
 37 aufgefordert dafür zu sorgen, dass die BVG ihre Preiskalkulati-
 38 on offenlegt.

82/1/08

Erledigt durch tätiges Handeln

Antrag Nr. 83/1/08

Abt. 06/ MarzHell

Der Landesparteitag möge beschließen:

39 Es darf keine Fahrpreiserhöhung auf Grund der Tarif Einigung
 40 bei der BVG geben. Der Senat wird aufgefordert eine hierdurch
 41 bedingte Erhöhung der Fahrpreise nicht zu genehmigen.

83/1/08

Erledigt

Antrag Nr. 84/1/08

Abt. 06/ MarzHell

Der Landesparteitag möge beschließen:

42 Der Senat wird aufgefordert sich für die Wiedereinführung
 43 einer 2 Stunden Zeitkarte mit Umsteigemöglichkeit bei der BVG
 44 einzusetzen.

84/1/08

Annahme i.d.F.d.AK:

Der Senat wird aufgefordert sich für die Wiedereinführung
 einer 2-Stunden-Zeitkarte mit Umsteige- und Rückfahrög-
 lichkeit bei der BVG einzusetzen.

62
 63
 64
 65
 66

- 01 **Antrag Nr. 85/1/08** **85/1/08**
02 **KDV FrhainKreuz** **vertagt auf LPT am 11.10.08 und Stellungnahme des FA VIII /**
03 **Der Landesparteitag möge beschließen:** **Verkehr**
04 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses
05 von Berlin und des Senats von Berlin werden beauftragt sich
06 dafür einzusetzen, damit Tempo 30 Km/h in geschlossenen
07 Ortschaften zur Regelgeschwindigkeit wird und somit die Be-
08 schilderung umgekehrt wird. Nicht mehr Tempo 30 muss aus-
09 geschildert werden, sondern alles andere.
10
11 **Antrag Nr. 86/1/08** **86/1/08**
12 **KDV TrepKöp** **vertagt auf LPT am 11.10.08 und Stellungnahme des FA VIII /**
13 **Der Landesparteitag möge beschließen,** **Verkehr**
14 **der Bundesparteitag möge beschließen:**
15 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der
16 Bundesregierung werden aufgefordert sich dafür einzusetzen,
17 dass die Bildung von Fahrgemeinschaften stärker gefördert
18 wird, indem bspw. die Straßenverkehrsordnung dahingehend
19 geändert wird, dass an geeigneten Stellen mehrspuriger Stra-
20 ßen Fahrgemeinschaftsspuren eingerichtet werden können
21 oder geeignete Busspuren für Fahrgemeinschaften (Pkws mit
22 mehr als drei Insassen geöffnet werden dürfen.
23
24 **Antrag Nr. 87/1/08** **87/1/08**
25 **KDV Pankow** **Annahme**
26 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
27 Der Großflughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) soll
28 nach Willy Brandt benannt werden.
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

Organisation

Antrag Nr. 88/1/08

KDV Pankow und Abt. 07/Pankow

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband wird aufgefordert, das Einzugsverfahren für säumige Parteibeiträge zu verändern. Die bisherige Praxis, im Fall von z.B. abgelaufenen Einzugsermächtigungen einen Einzugsstopp in der Mitgliederverwaltung zu setzen und die Beiträge automatisch über die Konten der Abteilungen zu regulieren oder mit den Beitragsanteilen zu verrechnen, wird abgeschafft. Stattdessen wird folgendes Verfahren gewählt:

1. Mitglieder, die keine Einzugsermächtigung erteilt haben oder deren Bankverbindung nicht mehr besteht, erhalten vom Landesverband (oder einem beauftragten Dienstleistungsunternehmen) halbjährlich eine Beitragsrechnung.
2. Wird die Beitragsrechnung nicht innerhalb von sechs Wochen beglichen, erfolgt eine Mahnung durch den Landesverband (oder ein beauftragtes Dienstleistungsunternehmen) eine Mahnung. Zum Begleichen der Beitragsrechnung wird eine Frist von vier Wochen gesetzt. Der oder die Abteilungsvorsitzende wird ebenfalls informiert, um den Fällen ggf. nachgehen zu können. Die Mahnung erhält den Verweis auf die Finanzordnung und die Folgen der Nichtzahlung.
3. Gemäß § 1, Absatz 5 der Finanzordnung erfolgt bei Nichtzahlung eine zweite Mahnung mit einer letzten Zahlungsfrist von 14 Tagen. Das Mitglied wird erneut auf die Folgen der Nichtzahlung hingewiesen. Der Abteilungsvorsitzende wird informiert, um ggf. Maßnahmen ergreifen zu können (z.B. Beitragspatenschaften u.ä.).
4. Die Nichtzahlung nach der zweiten Mahnung gilt als Erklärung des Austritts.

Der bürokratische Aufwand eines korrekten Erhebungs-, Rechnungs- und Mahnverfahrens ist in einer Stadt wie Berlin mit hoher Flexibilität, zahlreichen Umzügen und Wechseln von Abteilungen nicht mehr auf ehrenamtlicher Basis in den Abteilungen zu leisten.

Antrag Nr. 89/1/08

KDV MarzHell

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD lehnt jegliche Privatisierung, auch Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG ab. Es findet ein Sonderparteitag zur Bahnprivatisierung statt.

Antrag Nr. 90/1/08

ASF-LFK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Der SPD-Bundesparteitag beschließt, die Bundesliste der SPD zur Europawahl 2009 in Ergänzung zu § 4 Absatz 3 der Wahlordnung der SPD im konsequenten Reißverschlussverfahren aufzustellen, d.h. von Platz 1 an alternierend eine Frau ein Mann beginnend mit dem/der Spitzenkandidaten/-in. Auch für die Gesamtheit der Nachrückenden muss mindestens sichergestellt werden, dass die Quote eingehalten wird.

88/1/08

Überweisung an Statutenkommission und Kreiskassierer

89/1/08

Erledigt bei Annahme 79/1/08

90/1/08

Annahme

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

- 01 **Antrag Nr. 91/1/08** **91/1/08**
 02 **KDV Mitte** **Nichtbefassung**
 03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 04 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 05 Der SPD-Bundesparteitag beschließt, die Bundesliste der SPD
 06 zur Europawahl 2009 in Ergänzung zu § 4 Absatz 3 der Wahl-
 07 ordnung der SPD im konsequenten Reißverschlussverfahren
 08 aufzustellen, d.h. von Platz 1 an alternierend eine Frau ein
 09 Mann beginnend mit dem/der Spitzenkandidaten/-in.
 10
 11 **Antrag Nr. 92/1/08** **92/1/08**
 12 **KDV Mitte** **Nichtbefassung**
 13 **ASF-LFK**
 14 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 15 Der SPD-Partei Vorstand beschließt, das Gremium zur Vorberei-
 16 tung der Aufstellung der Bundesliste der SPD zur Europawahl
 17 2009 paritätisch mit Frauen und Männern zu besetzen.
 18
 19 **Antrag Nr. 93/1/08** **93/1/08**
 20 **ASF-LFK** **Nichtbefassung**
 21 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 22 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 23 Der SPD-Partei Vorstand wird aufgefordert, alle Redaktions-
 24 gruppen zur Erarbeitung von Entwürfen von Wahlprogram-
 25 men, erstmals anlässlich der Erarbeitung eines Entwurfs für das
 26 Wahlprogramm der SPD zur Europawahl 2009 sowie zur Bun-
 27 destagswahl 2009, paritätisch mit Frauen und Männern zu
 28 besetzen.
 29
 30 **Antrag Nr. 94/1/08** **94/1/08**
 31 **KDV Mitte** **Nichtbefassung**
 32 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 33 Der SPD-Partei Vorstand beschließt, die Redaktionsgruppe zur
 34 Erarbeitung eines Entwurfs für das Wahlprogramm der SPD zur
 35 Europawahl 2009 sowie zur Bundestagswahl 2009 paritätisch
 36 mit Frauen und Männern zu besetzen.
 37
 38 **Antrag Nr. 95/1/08** **95/1/08**
 39 **KDV FrhainKreuz** **verträgt auf LPT am 11.10.2008**
 40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 41 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 42 Die Ergebnisse der letzten vier Landtagswahlen in den alten
 43 Bundesländern verdeutlichen die starke Tendenz hin zum
 44 Fünfparteiensystem. Durch den Einzug der Partei Die Linke gibt
 45 es nun in 10 Landesparlamenten eine Partei links der SPD. Wir
 46 waren nicht in der Lage, diese Entwicklung aufzuhalten. Die
 47 politische Realität ist damit auch in den westdeutschen Land-
 48 tagen von veränderten Koalitionsoptionen geprägt. Aktuellen
 49 Umfragen zufolge zeichnet sich dies auch für die Bundestags-
 50 wahl 2009 ab.
 51
 52 Dem beständig wiederholten Grundsatz „Die Landesverbände
 53 dürfen selbst entscheiden“ folgte stets die Aussage, dass die
 54 SPD eine Zusammenarbeit auf Bundesebene mit der „SED-
 55 Nachfolgepartei“ kategorisch ausschließt. Eine Partei, in der
 56 ehemalige SPD-Mitglieder und Gewerkschafter leitende Funk-
 57 tionen innehaben, darf nicht länger dogmatisch als SED-
 58 Nachfolgepartei dämonisiert werden.
 59
 60
 61
 62
 63
 64
 65
 66

01 Vielmehr muss die SPD endlich in eine differenzierte Auseinan-
02 dersetzung mit der Linkspartei eintreten. Gerade weil es pro-
03 grammatische Schnittmengen mit ihr gibt, vom Mindestlohn,
04 über die Ablehnung von Studiengebühren, die Einführung der
05 Gemeinschafts- und Ganztagschule bis hin zur Privatisie-
06 rungskritik, sind wir als die linke Volkspartei dazu verpflichtet,
07 Möglichkeiten zur Zusammenarbeit, einschließlich der Bundes-
08 ebene, zu suchen.

09
10 Die Form der Zusammenarbeit kann dabei vom Einbringen und
11 Unterstützen gemeinsamer Anträge bis hin zur Regierungsbil-
12 dung reichen. Steht die Linkspartei in Regierungsverantwor-
13 tung, muss sie sich der Realität stellen und verliert ihren popu-
14 listischen Zauber. Bei den Abgeordnetenhauswahlen 2006
15 haben die Berliner WählerInnen der Linkspartei Verluste von
16 9,2% gegenüber der Vorwahl 2001 beschert und somit verdeut-
17 licht, dass die SPD die überzeugenderen und tragfähigeren
18 Politikangebote macht. Dies kann uns ebenso in den alten
19 Bundesländern und auf Bundesebene gelingen.

20
21 Ungeachtet aller koalitionsären Wirrungen zeigen die Land-
22 tagswahlen eines deutlich: Die Mehrheit in unserer Gesell-
23 schaft hat den Wunsch nach einer Alternative zu Marktlibera-
24 lismus und dem damit verbundenen sozialstaatlichen Ausverkauf.
25

26
27 Die SPD darf sich in der gegenwärtigen Situation einer Zusam-
28 menarbeit mit der Partei Die Linke aus strategischen Gründen
29 nicht mehr länger verweigern und dadurch neue machtpoliti-
30 sche Optionen leichtfertig verspielen.

31
32 Wir sind unseren WählerInnen schuldig die neuen linken
33 Mehrheiten zu nutzen, um die Politik umsetzen zu können, für
34 die sie uns das Mandat gegeben haben - für mehr Freiheit,
35 mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität in unserem Land!

36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

Resolution

Landesvorstand

(Beschlussfassung des Landesparteitages)

Aufstieg und Gerechtigkeit – unsere gemeinsame Stärke!

Die Bilanz von zehn Jahren sozialdemokratischer Regierungspolitik im Bund ist positiv. Ob in der Rot-Grünen-Koalition oder die letzten Jahre in der Großen Koalition: Wir haben das Land verändert! Die Stagnation der Kohl-Ära wurde aufgebrochen und Deutschland erlebte einen Modernisierungsschub.

Dennoch: Die Ausgangslage, in der sich die Partei im Frühsommer 2008 präsentiert, ist nicht die beste. Für einen Wahlerfolg 2009 braucht es mehr als eine gute Regierungsbilanz. Die SPD ist die Kraft des sozialen Fortschritts – das muss deutlich erkennbar sein. Deutlich wird: die aktuelle Lagebeschreibung der Partei umfasst viele Facetten, sie ist nicht auf einzelne Fehler oder die Fehler einzelner zurückzuführen.

Mit dem erfolgreichen Hamburger Parteitag hat sich die SPD in Deutschland programmatisch und personell neu aufgestellt. Mit ersten Korrekturen an der Agenda 2010, mit einer klaren inhaltlichen Ausrichtung an sozialdemokratischen Grundwerten und einer Rückbesinnung auf traditionelle Wählergruppen jenseits einer vermeintlich „neuen Mitte“ hat die SPD Ende letzten Jahres die Weichen für eine erfolgreiche politische Auseinandersetzung um gesellschaftliche Mehrheiten im Jahr 2009 gestellt. Unser Ziel ist und bleibt eine SPD-geführte Bundesregierung, die die programmatischen Leitlinien des Hamburger Programms im Interesse der Menschen in konkrete und erfahrbare Politik umsetzt.

Der aktive Staat und das Primat der Politik

Auch in Zeiten der Globalisierung ist ein aktiver und handlungsfähiger Staat unerlässlich. Deshalb brauchen wir internationale wie nationale Initiativen zur Veränderung des Steuer- und Wirtschaftsrechtes. Zugleich müssen Vermögen auch über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Reform der Erbschaftssteuer stärker zur Finanzierung von niedrigeren Sozialabgaben sowie Zukunftsinvestitionen herangezogen werden. Ein ausgeglichener Haushalt dient dazu, Spielräume für Zukunftsinvestitionen in Bildung und Betreuung zu eröffnen. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir das Abgabekonzept des Parteivorstands.

Gute Arbeit und gute Bildung für Vollbeschäftigung

Niedriglöhne sind heute für Millionen Menschen Realität. Wir wollen mit Mindestlöhnen der Arbeit ihren Wert zurückgeben und mit einer Qualifizierungsoffensive den ersten Schritt zum sozialen Aufstieg erleichtern. Damit verbinden wir das Ziel einer höheren Bildungsqualität mit gesteigerter sozialer Durchlässigkeit sowie einer Kultur der zweiten Chance. Der SPD-Vorschlag für einen Rechtsanspruch, den Hauptschulabschluss nachholen zu können, ist daher ein richtiger Weg.

Mit einer Arbeitsversicherung werden wir das Recht auf Weiterbildung finanziell absichern. Mit verbesserten Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mit einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft wollen wir sicherstellen, dass der Berufszugang und der berufliche Aufstieg bis hinein in die Führungspositionen der Wirtschaft für Frauen ebenso möglich wird, wie es für Männer der Fall ist.

Der vorsorgende Sozialstaat als moderner Generationenvertrag

Der vorsorgende Sozialstaat wirkt als Motor für gesellschaftliche Veränderungen, schafft Teilhabe für alle und sichert die großen Lebensrisiken ab. Das beste Mittel zur Bekämpfung von

Kinderarmut ist eine Existenz sichernde Erwerbsarbeit der Eltern. Durch monetäre Leistungen und eine aktive soziale Infrastruktur muss allen Kindern die gleiche Entwicklungschance ermöglicht werden. Wir wollen dass Kindergeld und Kinderfreibeträge alle Eltern finanziell gleich entlasten, sowie ein gesundes Kita- bzw. Schulesen ohne soziale Ausgrenzung und ein Schulstarterpaket für bedürftige Kinder in ganz Deutschland durchsetzen.

Am Ende einer langjährigen Erwerbsbiografie muss eine armutsfeste Rente stehen. Dazu wollen wir in einer Erwerbstätigenversicherung schrittweise alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung einbeziehen. Dies ist insbesondere für die über zwei Millionen Solo-Selbständigen ein wichtiger Fortschritt. Das Risiko der Erwerbsminderung muss in Zukunft in allen drei Säulen der Alterssicherung abgesichert werden.

Leistungsfähige Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung

Im Hamburger Grundsatzprogramm haben wir formuliert: „Wo öffentliche Aufgaben privatisiert werden sollen, fragen wir nicht nur nach dem kurzfristigen Nutzen für die öffentlichen Finanzen, sondern auch nach der Auswirkung auf die künftigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten und die demokratische Verantwortung. Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wollen wir nicht den Renditeerwägungen globaler Kapitalmärkte aussetzen.“

Die Berliner SPD bekräftigt ihre Einschätzung, dass die Teilprivatisierung der Bahn ein schwerer politischer Fehler ist und nicht der Beschlusslage des Hamburger Parteitags entspricht. Auch nach der Mehrheitsentscheidung auf Bundesebene für eine Teilprivatisierung sind die Argumente der Privatisierungsbefürworter nicht überzeugender geworden. Strategisch ist die Privatisierung aber auch deshalb ein Fehler, weil die vermeintliche Handlungsfähigkeit, die die große Koalition mit dem Beschluss bewiesen hat, der SPD in keiner Form zugute kommt, wir im Gegenteil einen zentralen Baustein für die Wahlauseinandersetzung mit den anderen Parteien aus der Hand gegeben haben.

Als Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben wir uns in großer Einigkeit gegen die Teilprivatisierung der Deutschen Bahn eingesetzt. Dabei war der Kompromiss des Hamburger Parteitages ein Stück unseres Erfolges. Dass sich entgegen diesem Bundesparteitagsbeschluss das Holding-Modell durchgesetzt hat, mit welchem die Bahn dem deutlichen Einfluss privater Kapitalgeber ausgesetzt wird, halten wir für falsch.

Eine übergroße Mehrheit in Parteivorstand, Parteirat und der Landesverbände hat in dieser Frage eine andere Auffassung vertreten. Von daher ist es uns umso wichtiger, den im Hamburger Programm aufgegriffenen Ansatz zur Definition sozialstaatlicher Daseinsvorsorge weiter zu verfolgen und für unterschiedliche Bereiche – bis hin zur Re-Kommunalisierung von Aufgaben – praktische Vorschläge zu unterbreiten.

Besonderes Augenmerk legen wir auf den Bereich der Energiewirtschaft, wo sich privatwirtschaftliche Oligopolstrukturen herausgebildet haben. Wir vertreten die Auffassung, dass die Bereitstellung leitungsgebundener Energien eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge ist und treten für wirksame demokratische Kontrolle der entsprechenden Netze ein.

Selbstbewusst Mehrheiten erringen

Mit wem wir unsere politischen Mehrheiten bilden, ist eine Frage der inhaltlichen Auseinandersetzung. Wir betreiben Politik mit dem Ziel der positiven Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse. Als linke Volkspartei bewerten wir nach jeder Wahl vor dem Hintergrund der konkreten Verhältnisse und Wahlergebnisse die Frage, mit wem die Umsetzung sozialdemokratischer Wahlaussagen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger am besten umzusetzen ist. Dieses politische Verständnis einer offenen Einstellung zu allen demokratischen Parteien hat sich im Land Berlin 2001 und 2006 für die SPD bewährt. Wählerinnen und Wähler binden wir über

politische Inhalte und grundsätzliche Programmaussagen ein, nicht über formale Abgrenzungsbeschlüsse.

Die Berliner SPD steht für die Grundsätze des Hamburger Grundsatzprogramms. Soziale Gerechtigkeit für alle wird für uns der zentrale Leitsatz sein, mit dem wir 2009 die Wahlkämpfe bestreiten werden. Nur eine erfolgreiche SPD ist der Garant für eine solidarische Gesellschaft.

Die Berliner SPD fordert den Parteivorstand auf, bis Herbst 2008 eine politische Umsetzungsstrategie zu den inhaltlichen Eckpunkten dieser Resolution vorzulegen, die dann Eingang in das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2009 finden soll.

Initiativantrag Nr. 1

Antragsteller: Klaus Uwe Benneter, Mark Rackles, Swen Schulz, Björn Böhning, Christian Hass, Ulrike Sommer, Jan Stöß, u. a.

Bundesdruckerei: Öffentliche Verantwortung sichern!

Die sozialdemokratischen Mitglieder von Bundestagsfraktion und Bundesregierung werden aufgefordert sich im aktuellen Verkaufsverfahren der Bundesdruckerei für den Rückkauf der Mehrheit der Anteile – mindestens jedoch einer Sperrminorität in Höhe von 25,1% - einzusetzen, damit die Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger effektiv gewahrt und die Arbeitsplätze der Bundesdruckerei in Berlin gesichert werden. Druckaufträge des Bundes, die die Weitergabe von persönlichen Daten von Bürgern erfordern (z. B. Personalausweise) dürfen nur dann an die Bundesdruckerei erteilt werden, wenn die öffentlichen Interessen gewahrt sind.

Empfehlung der AK: Annahme (K)

Initiativantrag Nr. 2

Netzwerk Kinderschutz

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats werden aufgefordert, die personelle Umsetzung des Netzwerks Kinderschutz auch in den bezirklichen Gesundheitsämtern zu ermöglichen.

Der Mehrbedarf zur Umsetzung der Ersthausbesuche nach Geburten und der Besetzung einer Koordination Kinderschutz im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst besteht gegenüber dem vorhandenen Personal-Ist und nicht im Vergleich zu einem imaginären Personal-Soll. Die Anwendung des „Konnexitätsprinzips“ im Verhältnis zwischen Land und Bezirken kann nur bedeuten, dass zusätzliche Aufgaben auch die dafür benötigten Ressourcen folgen. 24 zusätzliche Stellen Sozialarbeiter/innen sind dafür unverzichtbar.

Um die Ersthausbesuche in 75 % (ergibt sich aus der Formulierung im Netzwerk Kinderschutz, Hausbesuche bei allen Erstgeburten und im übrigen, wenn Risikoindikatoren vorliegen, durchzuführen) statt bisher 48 % (im Jahr 2006) durchführen zu können und zusätzlich eine Koordinatorenstelle für Kinderschutz vorzuhalten, reicht es nicht, auf künftige Einsparungen zu verzichten. Dies sind zusätzliche Aufgaben, für die zusätzliches Personal benötigt wird.

Nachdem die Besetzung zusätzlicher Stellen in den Jugendämtern angelaufen ist, muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass das Netzwerk Kinderschutz auch den bezirklichen Kinder- und Jugendgesundheitsdiensten zusätzliche Aufgaben überträgt. Wenn der dafür erforderliche Personalbedarf nicht in einer angemessenen Frist aus dem Zentralen Stellenpool gedeckt werden kann, muss es auch erstmals Außeneinstellungen von Sozialarbeiter/innen geben - sonst wäre die Umsetzung eines wichtigen Bausteins im Netzwerk nicht gewährleistet.

Darüber hinaus ist zur Gewährleistung einer auskömmlichen Personalausstattung mit Fachpersonal im Jugend- und Gesundheitsbereich die Schaffung eines Einstellungskorridors unabdingbar. Die Schaffung eines Einstellungskorridors ist aufgrund der Alterstruktur des Fachpersonals in den Jugend- und Gesundheitsämtern dringend geboten.

Empfehlung der AK: Annahme (K)

Initiativantrag Nr. 3

Antragsteller: Landesvorstand AG 60plus

Die Bundestagsfraktion der SPD wird gebeten, eine Gesetzesänderung mit dem Ziel zu initiieren, niedrige Renten und andere Alterseinkünfte bis zur Höhe der Grundsicherung vom Beitrag zur Pflegeversicherung freizustellen.

Empfehlung der AK: kein I-Antrag (K)

Initiativantrag Nr. 4

Antragsteller: Charlottenburg-Wilmersdorf

Ratifizierung des Übereinkommens Nr. 94 der Internationalen Arbeitsorganisation

Die Delegierten des Landesparteitages der Berliner SPD fordern die Mitglieder der SPD im Berliner Senat auf, für eine Bundesratsinitiative für die Ratifizierung des Übereinkommens Nr. 94 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) einzutreten.

Empfehlung der AK: kein I-Antrag (K)

Initiativantrag Nr. 5

Antragsteller: Fachausschuss Verkehr

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Ausbau der Bahn Berlin – Cottbus muss wie versprochen kommen!

Die SPD kritisiert scharf die gemeinsame Entscheidung des Bundes und der DB AG, den bis 2011 geplanten und zugesagten Ausbau der Bahnstrecke Berlin – Cottbus auf 160 km/h zugunsten von Verkehrsprojekten in den alten Bundesländern auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Mit dieser Entscheidung gegen eine leistungsfähige Südanbindung von Berlin und dem Flughafen BBI in Richtung Breslau und Görlitz bricht die DB und der Bund Zusagen gegenüber dem Land Brandenburg, das sich im Gegenzug an den Planungskosten beteiligt hat.

Wir fordern den für Verkehr und Aufbau Ost zuständigen Verkehrsminister auf, diese Entscheidung rückgängig zu machen und die gesamte Strecke Berlin – Cottbus auf 160 km/h auszubauen.

Empfehlung der AK: Annahme (K)

Initiativantrag Nr. 6

Antragsteller: Tempelhof-Schöneberg

Eigenbetriebene Filialen der Deutschen Post erhalten

Mit dem Hamburger Grundsatzprogramm haben wir beschlossen: „Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wollen wir nicht den Renditeerwägungen globaler Kapitalmärkte aussetzen.“ Das betrifft auch die Post, einen Kernbereich öffentlicher Daseinsvorsorge.

Der Landesparteitag fordert die Mitglieder der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus, im Berliner Senat, im Deutschen Bundestag und in der Bundesregierung auf, dafür einzutreten, dass die eigenbetriebenen Postfilialen erhalten bleiben und die Entscheidung der Deutschen Post AG aufgehoben wird, diese in sogenannte Post-Points umzuwandeln, wo die Postdienstleistungen von Einzelhändlern als Kooperationspartner übernommen werden sollen.

Die angestrebten Agentur-Lösungen können die Qualität der bisher angebotenen Postdienstleistungen im Kiez nicht ersetzen, vernichten tausende Arbeitsplätze, besonders der weiblichen Angestellten, und leisten dem Lohndumping Vorschub, dem wir als Sozialdemokratische Partei Deutschlands ausdrücklich dem Kampf angesagt haben.

Empfehlung der AK: Annahme (K)

Berlin, den 23.06.2008
Monique Wersebé